www.gegen-vergessen.de 86 / September 2015

Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Demokratie auf dem Prüfstand

weitere Themen:

- **Wie umgehen mit nationalsozialistischer Architektur?**
- **ZARA-Rassismus-Report**

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

Dieses Heft beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit heutigen Demokratieproblemen, die vielfältiger Art sind. Leider ist nicht zu übersehen, dass hinter den Verdikten „der Politik" und „der Politiker" in Öffentlichkeit und Social Media realiter häufig eine Tendenz zur Demokratieverachtung steht. Dies muss Gegen Vergessen – Für Demokratie beschäftigen.

Wir erörtern Demokratiefragen vor dem Hintergrund des 20. Jahrhunderts mit seinen Kriegen und Verbrechen. Sicherlich sind die meisten Probleme heute nicht Überbleibsel der Vergangenheit. Doch scheint manches in der heutigen Politikverachtung an die ältere Verachtung von Demokratie und Politik zu erinnern, wie wir sie aus der Weimarer Republik kennen, wo sie eine der Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus mit seiner Verachtung des „Systems" und der „Parteien" war. Allerdings ist auch festzustellen, dass manche gegenwärtigen Probleme etwas zu tun haben mit dem ungeklärten Verhältnis von wirtschaftlicher Macht und demokratischer Politik sowie mit der Schwierigkeit, überkomplexe Politik transparent zu machen und reale Teilhabe zu ermöglichen.

In diesen Wochen erleben wir mit den Flüchtlingen, die nach Europa streben, ein Geschehen, das andere Fragen zu relativieren scheint. Die Zuwanderung von Hunderttausenden von Flüchtlingen ist eine riesige Herausforderung für unsere Demokratie. Gleichermaßen sind Staat und Zivilgesellschaft gefordert. Dazu hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. eine Erklärung veröffentlicht, die auf der Homepage der Vereinigung nachzulesen ist.

Ermutigend ist das ehrenamtliche Engagement von vielen Menschen. Doch gibt es eben auch die andere Seite: Menschen, die von Ängsten und Befürchtungen geplagt werden, die der Rechtsextremismus und der Rechtspopulismus ausbeuten könnten, zumal sich nicht wenige in unserer Gesellschaft selbst als Benachteiligte fühlen. Es gilt diese Frage mit zu sehen, doch vor allem eine Infrastruktur aufzubauen, die nicht nur die Erstaufnahme der Flüchtlinge in Not ermöglicht und die Bleibefrage rasch klärt, sondern auch die gigantische Aufgabe der Integration von Menschen bewältigt, die aus anderen Kulturen kommen und durch die Erfahrungen eines Bürgerkriegs geprägt sind. Sie müssen für unsere Demokratie und das ihr zugrundeliegende Wertesystem erst gewonnen werden. Dies könnte – so scheint mir – eine Aufgabe von Gegen Vergessen – Für Demokratie sein.

In der Hoffnung, dass wir uns spätestes auf unserer Mitgliederversammlung im November in Duisburg sehen,

bin ich mit den besten Grüßen

Ihr Bernd Faulenbach
Stellvertretender Vorsitzender

Die diesjährige **Mitgliederversammlung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. findet am Samstag, dem **21. November**, im Zeitraum von 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr im **Rathaus Duisburg** statt. Der Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie" und der Waltraud Netzer-Jugendpreis werden ebenfalls am 21. November 2015 verliehen werden. Die festliche Preisverleihung beginnt um 19.00 Uhr in der Salvatorkirche in Duisburg und endet um 20.30 Uhr. Im Anschluss an die Preisverleihung sind wir zum Empfang in das Duisburger Rathaus eingeladen. Am Sonntag, dem 22. November 2015 laden wir Sie herzlich ein, die Stadt Duisburg entweder durch einen geführten stadthistorischen Rundgang oder mit einer Stadtrundfahrt zur Sozialgeschichte und Gegenwart zu erkunden. Selbstverständlich können Sie die Stadt auch gerne auf eigene Faust kennenlernen.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titelbild: Fest für Geflüchtete und Rechte Demo in Heidenau am 28.08.2015.
Foto: Caruso Pinguin/CC BY-NC 2.0

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Demokratie auf dem Prüfstand 4
Engagement für eine Willkommenskultur und eine starke Demokratie fördern 6
Anerkennung für alle 8
In Erklärungsnot 10
Geschichtsvermittlung für Demokratie 12
Wie umgehen mit nationalsozialistischer Architektur? 15
15 Jahre ZARA 18

AUS UNSERER ARBEIT

Rückkehr ins Unbekannte 21
Neue Möglichkeiten zur Mitgliederwerbung 23
Jugend und Schule in der DDR 24
Gedenkstein für den ehemaligen jüdischen Friedhof 25
RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen: Die Schule war das Lager 26
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Gemeinsam aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen 28
RAG Südhessen: Bildungsfahrt nach Nürnberg 30
RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden: Kriegsverbrechen aufdecken – Kriegsdenkmal zudecken 32
RAG Brandenburg stellt sich vor 34

NAMEN UND NACHRICHTEN

Das Begegnungsprojekt Marlin 35
Dokumentarfilm „Die Deutschen sind zurück“ 36
NS-Dokumentationszentrum eröffnet in München 37
Zwei Reden des österreichischen Bundespräsidenten 38
Bericht „Dem Judenmord entkommen“ 39
Stoppt den Hass 39
Ein Leben für Freiheit und Freundschaft (Nachruf auf Herbert (Berry) Westenburger) 40

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: Vater, Mutter, Stasi. Mein Leben im Netz des Überwachungsstaates. Drüben und drüben. Zwei deutsche Kindheiten. Was bleiben wird. Ein Gespräch über Herkunft und Zukunft. 41
Lauingers. Eine Familiengeschichte aus Deutschland. 44
„Nie wieder Auschwitz“. Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945 – 1955. 45
Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Vorurteils 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Irmgard Schwaetzer

Demokratie auf dem Prüfstand

Welch ein Sommer! Menschen in Not fliehen aus ihrer Heimat und suchen einen Neuanfang für ihr Leben in Deutschland. Freiwillige kümmern sich hingebungsvoll um die Ankommenden, Frauen, Männer, Kinder. Da, wo bürokratische Strukturen und Bürokraten einfach nicht schnell genug auf die sich ständig verändernde Situation der Flüchtlinge reagieren, verteilen sie Wasser, das sie von Spendengeldern gekauft haben, organisieren ärztliche Grundbetreuung – natürlich ehrenamtlich – und stehen den zu uns Geflüchteten bei.

Das ist ein ermutigendes Zeichen für eine lebendige, aktive Bürgergesellschaft, der der Zustand ihres Gemeinwesens nicht egal ist.

Kein Grund also, sich über den Zustand der Demokratie in Deutschland Sorgen zu machen? Festzuhalten bleibt: Das Bewusstsein für das Gemeinwohl ist in Deutschland bei der Mehrheit der Bürger hellwach – und das ist erst einmal gut.

Aber es gibt auch das, was Bundespräsident Joachim Gauck „Dunkeldeutschland" genannt hat, nicht geografisch verortet, sondern geistig und mental. Diejenigen, die Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzen, dabei Tote und Verletzte in Kauf nehmen. Diejenigen, die sich ein Deutschland ohne Ausländer wünschen und mit Hass und Ablehnung auf alle reagieren, die anders und fremd aussehen und mit anderen Religionen und Traditionen zu uns kommen.

Jeder kann es auf der Straße sehen – und Umfragen bestätigen es: die Hilfsbereiten, die Deutschland als offene Gesellschaft begreifen, stellen die Mehrheit der Bevölkerung. Insofern ist die Realität dieses Sommers das eindrückliche Zeichen dafür, dass diejenigen, die fremdenfeindliche Parolen skandieren, nicht für die „heimliche Mehrheit" sprechen.

Das darf uns allerdings nicht über das Ausmaß der latenten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit täuschen, die nach der über zehn Jahre angelegten Längsschnittstudie „Deutsche Zustände" von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld) 2010 bereits bei 15 bis 20 Prozent lag. Sie ist nach Einschätzung mehrerer Wissenschaftler in der letzten Zeit weiter angestiegen. Nach Prof. Dr. Hajo Funke (FU Berlin) hat sich eine „rechtsextreme, rechtspopulistische und rechtsnational motivierte Massenbewegung" gebildet. Die Stärke dieser Bewegung ist in den Bundesländern ungleich verteilt. Von den Übergriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte – 337 zählte das Bundesinnenministerium zwischen Januar und August 2015 – fand ein überproportional großer Teil in Ostdeutschland statt. Nicht übersehen werden darf auch, dass sich die Konfliktlinien aus Nahost zwischen den arabischen Staaten sowie Iran und Israel auch in der Wohnbevölkerung in Deutschland wiederfinden.

Zu den Ursachen dieses Befundes einer Demokratie auf dem Prüfstand ist viel gesagt worden. Jetzt geht es darum, die offene Gesellschaft und die Demokratie insgesamt zu verteidigen. Dabei muss besonders bedacht werden, was getan werden kann, um das Grundvertrauen in die Demokratie dort zu stärken, wo die Anfälligkeit für rechte Parolen besonders groß zu sein scheint. Dies ist keine Aufgabe nur für Politiker. Jetzt ist die Zivilgesellschaft gefordert – und das heißt: jeder von uns.

Die Geschichte, vor allem die jüngere Geschichte im wiedervereinigten Deutschland, zeigt, wir können etwas verändern: In einer funktionsfähigen Demokratie werden immer wieder Regierungen abgewählt, das Regime der DDR wurde durch mutige Menschen gestürzt.

Aber auch in einer Demokratie gibt es das Gefühl der Ohnmacht vor allem bei denen, die die Chancen auf Einmischung nicht wahrnehmen. Insofern wird für manche Demonstranten die Teilnahme an einer Demonstration auch eine Selbstermächtigung sein. Dann aber muss die Auseinandersetzung anfangen mit denen, die demonstrieren, um die Grundprinzipien der Demokratie; um die Bedeutung von Mehrheit und Minderheit, um Veränderungsprozesse und um Ziele. Es mag uns nicht gefallen, wogegen demonstriert wird, für manche ist es

Bei einem Fest für Geflüchtete in Heidenau entladen Helferinnen und Helfer einen LKW.

Foto: Flickr, Caruso Pinguin

Foto: Wikipedia, photo_at

Migranten in Ungarn auf dem Fußweg zur österreichischen Grenze entlang der Autópálya M1.

ein erster Schritt aus der selbstgewählten Ohnmacht. Und es fordert uns heraus, unsere offene, tolerante, auf der Geltung des Rechts aufgebaute Demokratie zu verteidigen.

Eine der zentralen Botschaften gegenüber den Skeptikern der Demokratie muss sein: Wir können etwas verändern, allerdings nur, wenn wir uns einmischen, wenn wir Verantwortung übernehmen. Eine andere Botschaft ist: Unsere Demokratie ist stark. Sie hält Demonstrationen auch ihrer Gegner aus. Und sie sorgt für die Einhaltung der verfassungsmäßigen Grenzen. Gewalt wird nicht geduldet: Das betrifft nicht nur Gewalt gegen Personen und Sachen, sondern auch verbale Gewalt. Mancher Kraftausdruck, der im Zusammenhang mit Gewalt gegen Flüchtlinge in Deutschland gebraucht worden ist, wäre besser nicht gesagt worden, zeigt aber auch die Entrüstung über die Gewalttäter. Eine völlig neue Qualität allerdings hat die verbale Gewalt in sozialen Netzwerken, die nicht nur anonym geäußert wird. Im Umgang damit ist die Stärke unserer Demokratie besonders gefordert, und an Antworten darauf wird noch gearbeitet. Eine besondere Herausforderung stellt auch der alltägliche Antisemitismus in Teilen unserer Gesellschaft dar, an den wir uns nie gewöhnen dürfen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. kann aus ihrer Arbeit auf viele gelungene Beispiele von Veränderungen durch demokratische Prozesse verweisen, aber auch auf Beispiele des Scheiterns und Versagens durch Mutlosigkeit und Blindheit. Jedes dieser Beispiele zeigt deutlich: Jeder kann etwas verändern. Diese Beispiele zeigen aber auch, dass die Formen des Umgangs mit unterschiedlichen Meinungen in einer Demokratie, dass die friedlichen Auseinandersetzungen immer wieder eingeübt werden müssen. Sie vererben sich nicht aus der Erkenntnis vorangegangener Generationen, sondern sind jeweils neu zu lernen. In der Vermittlung dieser Einsichten liegt eine wichtige Aufgabe für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Foto: Wikipedia, An-d

50 Zelte im Jenfelder Moorpark in Hamburg dienen als Erstaufnahmelager für bis zu 800 Geflüchtete.

Zur Verteidigung der Demokratie gehört, dass sich die aktiven Demokraten nicht von „den Politikern" grundsätzlich distanzieren. Jeder kann jede politische Entscheidung kritisieren. Aber beispielweise der häufig gebrauchte Begriff der „etablierten politischen Klasse" drückt bereits eine so große Distanz aus, als wären die Politiker nicht in freien und fairen Wahlen dazu bestimmt worden, in unserem Auftrag die Dinge der res publica zu bedenken und zu entscheiden. Und den aktiven Demokraten kommt es zu, diese Politiker in der Übersetzungsarbeit dessen, was sie tun, zu unterstützen. Es ist ja richtig: Politik muss erklärt werden, Politiker sollen „nah bei den Menschen" sein. Aber die Verstärkung der Erklärung und die Unterstützung derer, die diese Aufgabe für uns übernehmen, durch die Zivilgesellschaft bei Diskussionen in der Familie, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz, bauen erst die Pfeiler für die Brücke zu den Demokratieskeptikern.

Diese aktive Unterstützung des demokratischen Systems werden wir in den nächsten Jahren brauchen. Denn dieser Sommer wird unsere Gesellschaft verändern. Die Flüchtlinge werden unsere Gesellschaft verändern. Alle Bürger genauso wie die Politiker werden intensiv daran arbeiten müssen, dass die Integration derer, die dauerhaft in Deutschland bleiben, friedlich verläuft. Die Schätzungen von in Zukunft benötigten Arbeitskräften, die derzeit veröffentlicht werden, sollen es uns allen erleichtern, uns unsere zukünftige Gesellschaft vorzustellen. Aber niemand sollte sich Illusionen machen. Wir werden aktive Demokraten brauchen, um den inneren Frieden zu erhalten. ■

Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D., ist Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Manuela Schwesig

Engagement für eine Willkommenskultur und eine starke Demokratie fördern

Angriffe auf Asylunterkünfte, Gewalt auf den Straßen, Hass im Internet, aggressive Parolen – unsere Demokratie ist in den vergangenen Wochen und Monaten wieder gefordert, sich zu verteidigen. Wie in den frühen 90ern fliegen Brandsätze auf Flüchtlingsunterkünfte und wieder schließen sich Menschen rechtsradikalen Brandstiftern an oder applaudieren ihnen. Manche von ihnen verbrämen ihren Rassismus und die Gewalt als freie Meinungsäußerung – und gefährden damit gerade die Demokratie, die uns allen ein freies Leben erlaubt. Die rassistischen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock, Hoyerswerda, Solingen oder Mölln sind braune Flecken der Geschichte. Heidenau, Nauen oder Salzhemmersdorf sind unsere Gegenwart. Und doch gibt es einen Unterschied zwischen dem Beginn der neunziger Jahre und 2015: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das heute besonders stark ausgeprägt ist. Die Zivilgesellschaft stärkt der Demokratie vor Ort den Rücken. Diese Graswurzelarbeit wollen wir unterstützen und fördern.

Wir haben das Programm „Willkommen bei Freunden" gestartet. Damit wollen wir das bürgerschaftliche Engagement und die Arbeit von Kommunen besser unterstützen, die mit Flüchtlingen noch nicht so viel Erfahrung haben. Dafür stehen für die nächsten drei Jahre zwölf Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem möchte ich weitere 10.000 Stellen im Bundesfreiwilligendienst schaffen und sie in einem Sonderprogramm für 3 Jahre gezielt in der Flüchtlingshilfe einsetzen. Das würde insgesamt rund 21 Millionen Euro kosten. Das ist ein überschaubarer Betrag mit großer Wirkung.

Was ich in den vergangenen Monaten auch erlebt habe, ist eine unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft und der Solidarität. Das bürgerschaftliche Engagement und der Einsatz von Freiwilligen sind viel größer und stärker als der Hass. Ein Beispiel ist auch Heidenau in Sachsen. Zeitgleich zu den gewalttätigen Ausschreitungen hat der von uns geförderte Verein Aktion Zivilcourage Pirna e. V. die Aufgabe übernommen, die Hilfsangebote und Spenden für die neu eingerichtete Erstaufnahmeeinrichtung in Heidenau zu koordinieren und die Engagierten zu vernetzen. Innerhalb kürzester Zeit meldeten sich viele Menschen aus der Region um Heidenau mit unterschiedlichen Angeboten für die geflüchteten Menschen. Diese Flüchtlinge brauchen Schutz und wir wollen ihnen diesen Schutz geben.

Gruppenbild von der Auftaktkonferenz des Bundesprogrammes „Demokratie leben" in Berlin.

Foto: Thomas Imo | Photothek.net

Wir fördern im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, in dem auch Heidenau liegt, die Partnerschaft für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!" und stärken damit die Arbeit, die unabdingbar für eine starke und wehrhafte Demokratie ist. Dort und in vielen anderen Landkreisen leisten Bürgerinnen und Bürger einen großartigen Beitrag für eine offene und vielfältige Willkommenskultur und wehren sich friedlich gegen Rassismus, Hass und Gewalt.

Die Herausforderungen für unsere Demokratie sind gewaltig. Aber ich bin überzeugt, dass wir mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!" eine gute und richtige Antwort auf diese Herausforderungen gefunden haben. Mit dem Bundesprogramm treten wir Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, aber auch dem gewaltbereiten Salafismus und der linken Militanz auf allen Ebenen entschieden entgegen – kommunal, regional und überregional. Mit dem breiten Themenspektrum wollen wir aktiv allen demokratiefeindlichen Erscheinungen entgegentreten. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!" setzt vor allem darauf, die Vielzahl der vorhandenen Einzelinitiativen zu einer zivilgesellschaftlichen Kraft zu bündeln. Wir brin-

gen Menschen und Vereine, Initiativen und Organisationen, staatliche Ebenen und Institutionen zusammen, um gemeinsam für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft einzutreten. Gemeinsam bringen wir die Stärke auf, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus etwas entgegenzusetzen.

Ich möchte alle zur Demokratie ermutigen: in der Familie, in Kitas, Schulen, Jugendzentren, Sportvereinen und so weiter. „Demokratie leben!" soll dazu beitragen, dass Menschen, die Demokratie leben, nicht allein sind. Gerade dann nicht, wenn es anstrengend wird und wenn sie oft aus guten Gründen Angst haben. Deshalb fördern wir Taten und wir fördern Strukturen. Wir haben im Programm eine Struktur geschaffen, die das gegenseitige Lernen einfacher machen soll. Die fünfjährige Laufzeit des Programms soll vor allem dazu beitragen, in den Regelstrukturen anzukommen. Um sich für Demokratie und Vielfalt einzusetzen und kompetente Beratung anzubieten, braucht man Zeit, Kontinuität, Vertrauen. Deshalb haben wir die Förderung verlässlicher und dauerhafter gestaltet. Ich freue mich sehr, dass so viele Menschen bereit sind, sich in die Arbeit gegen Radikalisierung und Gewalt zu stürzen.

Bei der Konzeption des Bundesprogramms haben wir uns vor allem auf die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses berufen.

- Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit brauchen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung genauso wie eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Diese Zusammenarbeit fördert das Programm mit Fachkonferenzen und Treffen.

- In 218 lokalen „Partnerschaften für Demokratie" unterstützen wir das kommunale Engagement für Demokratie und Vielfalt. Die Partnerschaften für Demokratie vernetzen und koordinieren die Arbeit der Engagierten gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt und für Demokratie und Vielfalt. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen haben wir mit fast 2 Millionen Euro zusätzlich Projekte zur Willkommenskultur gefördert.

Foto: Thomas Imo Photothek.net

Bundesministerin Manuela Schwesig.

- Wir fördern über 60 Modellprojekte, die sich mit den Schwerpunktthemen Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Homo- und Transphobie sowie der Demokratieentwicklung im ländlichen Raum auseinandersetzen. Sie helfen, zivilgesellschaftliches Engagement zu professionalisieren und fachliche Hilfen anzubieten. Dabei werden auch Träger gefördert werden, die gute Projektideen haben und bisher nicht gefördert wurden. Als Beispiel sind hier die Migranten-Selbstorganisationen zu nennen.

- Wichtigster Bestandteil in unserer Arbeit gegen Rechtsextremismus und gewaltbereitem Salafismus sind die Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention. Ein neuer Weg, den wir mit dem Bundesprogramm auch an dieser Stelle gehen, ist die Stärkung muslimischer Selbstorganisationen, denn sie bieten den von Radikalisierung betroffenen Jugendlichen ein vertrauensvolles Umfeld und einen direkten Zugang.

Außerdem fördern wir 28 bundesweit agierende Träger in ihrer Entwicklung zu bundeszentralen Trägern. Sie sollen als Experten Fachdebatten initiieren oder aufgreifen und anderen Projektträgern sowie der Bundesregierung in Fachfragen zur Seite stehen. Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. ist ein solcher Träger, der als Experte in dem Struktur- und Themenfeld „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus" gefördert wird. Ich freue mich sehr, bei der dauerhaften Arbeit für Demokratie und Vielfalt starke Partner wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. an der Seite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an der Seite der Bürgerinnen und Bürger zu wissen.

In der Arbeit gegen Rechtsextreme und andere Feinde der Demokratie müssen Politik und Zivilgesellschaft weiter Hand in Hand arbeiten. Eine verstärkte, nachhaltige Unterstützung der Engagierten vor Ort, der präventiv-pädagogischen Arbeit und der politischen Bildung gegen Stereotype und rassistische Äußerungen sowie des Auf- und Ausbaus zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen ist ebenso nötig wie eine verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus im Internet und in den neuen Medien sowie von Projekten zur Frühprävention. Die mobilen Beratungsnetzwerke und -teams und die Unterstützung für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen ausgeweitet werden.

All das gehen wir mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!" an. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der sich die Demokratie vor Radikalen und Gewalttätern versteckt. Zum Glück sehe und lese ich jeden Tag von Menschen, die für Toleranz und für den friedlichen Meinungsaustausch eintreten. Ihr Engagement macht unsere Gesellschaft zu einer besseren Gesellschaft. Gemeinsam schaffen wir es auch, die große Zahl an Flüchtlingen willkommen zu heißen und sie in unsere Gesellschaft zu integrieren. ■

Manuela Schwesig ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Anerkennung für alle

Die vergangenen Erfolge rechtspopulistischer Bewegungen sind auch ein Symptom dafür, dass viele Menschen mit der demokratischen Wirklichkeit unzufrieden sind. Der Politikwissenschaftler Thomas Grumke erklärt im Interview die Zusammenhänge und zeigt Strategien auf, wie Vertrauen in die Demokratie zurückgewonnen werden kann.

Lange Zeit glaubte man, dass rechtspopulistische Bewegungen in Deutschland keine breite Grundlage mehr für sich schaffen können. Mit AfD und Pegida wird deutlich, dass es doch wieder möglich ist, mit eingängigen Parolen gegen „Fremde" eine größere Anhängerschaft zu mobilisieren. Womit hängt das zusammen?

Wenn man die Einstellungsforschung der vergangenen zehn Jahre zugrunde legt, war es eher erstaunlich, dass es in Deutschland so lange gedauert hat, bis es eine einigermaßen erfolgreiche rechtspopulistische Formation gegeben hat. Im europäischen Vergleich war Deutschland damit lange Zeit eher die Ausnahme.

Auf der Einstellungsebene hat es jedenfalls schon sehr lange erhebliche Zustimmung für typische rechtspopulistische Themen und Parolen gegeben, die sich aber bislang nicht institutionalisiert hatten. Ich möchte hier nur auf die alle zwei Jahre durchgeführten Einstellungsuntersuchungen der Friedrich-Ebert-Stiftung verweisen. Die neueste von 2014 heißt denn auch „fragile Mitte".

Wie jedoch die neuesten Entwicklungen sowohl bei der AfD und Pegida zeigen, ist der Höhepunkte der Mobilisierung schon wieder beendet. Die entsprechenden Einstellungsmuster in der Bevölkerung waren jedoch immer da und sind auch in Zukunft durch eine charismatische Figur organisierbar.

Wie viel Rückhalt haben die demokratischen Institutionen in Deutschland in der Bevölkerung eigentlich noch?

Das kommt auf die Institutionen an. In Polizei und Feuerwehr beispielsweise haben die Deutschen nach wie vor hohes Vertrauen. Berufspolitiker liegen dort jedoch eher auf dem Niveau von Gebrauchtwagenhändlern.

Foto: Privat

Professor Thomas Grumke.

Im Jahr 25 der deutschen Einheit sind – im Bewusstsein eines nicht ganz kleinen Teils der Bevölkerung – erhebliche Verschleißerscheinungen der repräsentativen Demokratie festzustellen. Vor diesem Hintergrund verbreitern und intensivieren sich demokratiefeindliche Diskurse in der Gesellschaft. Dabei stehen die Ethnisierung gesellschaftlicher Verhältnisse – also die Verknüpfung gesellschaftlicher Missstände mit bestimmten ethnischen Gruppen, denen negative Eigenschaften zugeschrieben werden – und Absagen an die Menschenrechte im Mittelpunkt. Teilweise ist eine Kontrastgesellschaft entstanden, die sich einer demokratischen Bindung verschließt.

Mit ihrer Tendenz zur radikalen Vereinfachung und Komplexitätsreduktion sind Rechtspopulisten in der Lage, einen Schein von Klarheit anzubieten, der in der heutigen politischen Realität schmerzlich vermisst wird. Dabei üben Rechtspopulisten aber eine ätzende – und damit auch korrosive – Kritik an der demokratischen Wirklichkeit von innerhalb des Systems, während Rechtsextremisten die freiheitliche Demokratie in Gänze abschaffen wollen.

Und aus Sicht der Wissenschaft: Inwieweit sind die Kritikpunkte berechtigt, wo zeigen politische Akteure und Institutionen Defizite?

Bei einem allgemeinen Blick auf die „Angebotsseite" des Rechtspopulismus stechen die Vorbehalte gegen ein – oft recht wahllos identifiziertes – Establishment und ein homogenes Verständnis von Identität als zentrale Werte hervor. Diese Identität ist anti-liberal, da immer gegen die „anderen" gerichtet, die „nicht so sind wie wir". Dieses xenophobe Element erweist sich in einigen Einstellungsuntersuchungen als gesellschaftlich anschluss-, wenn nicht sogar mehrheitsfähig. Rechtspopulisten stellen sich als Vertreter der Interessen des „kleinen Mannes" dar, als Stimme der stillen Mehrheit – weniger als revolutionäre Avantgarde wie viele Rechtsextremisten. Die „anderen" sind automatisch verdächtig und müssen ihrerseits fortlaufend den Beweis antreten, dass sie das Land, den Staat und die autochthone Bevölkerung nicht ausnutzen – ein nahezu unmögliches Unterfangen, das natürlich vor keinem ordentlichen Gericht standhalten würde.

Auf der „Nachfrageseite" sehen wir die Kontextbedingungen des Rechtspopulismus. Seit den späten 1970er-Jahren zeigt das westeuropäische Parteiensystem Zeichen einer Repräsentationskrise. Immer weniger scheinen etablierte Parteien in der Lage, die normativen Erwartungen hinsichtlich transparenten und „guten" Regierens zu erfüllen. Das hat die politische Arena für Populisten aller Art geöffnet, die es verstanden, sich als Außenseiter zu gerieren, und versprachen, ein elitäres System zu reparieren, das den Kontakt zu seinen Bürgern verloren hatte. All das findet in einer Ära der Transnationalisierung und Globalisierung statt, die gravierenden soziokulturellen, ökonomischen und politischen Wandel mit sich

bringt sowie die Zerrüttung bekannter Identitäten und Gewissheiten. Desintegration und Fragmentierung bilden den gemeinsamen Nenner der globalisierten Moderne und zugleich den Humus, auf dem Rechtspopulismus prächtig gedeiht. Vor diesem Hintergrund können gegenwärtig drei Krisen identifiziert werden: eine Verteilungskrise, eine Identitätskrise und eine Repräsentationskrise.

Es entsteht der Eindruck, dass Regierung und Parteien, auch viele Vertreter der Kommunen nicht so recht wissen, wie sie mit den Enttäuschten umgehen sollen. Was kann getan werden, um wieder mehr Vertrauen in die Demokratie in Deutschland zu vermitteln?

Steht die etablierte politische Klasse nun vor der Wahl, auf die inhaltlichen Unterschiede in den Programmen zu verweisen (und damit die Bevölkerung zu langweilen oder zu überfordern) oder sich an der Depolitisierung der Wählerschaft durch Symbolpolitik zu beteiligen? Von Letzterem kann nur dringend abgeraten werden, denn der einmal angerichtete Schaden – eine Rechtsverschiebung des politischen Spektrums – ist nicht so einfach reparabel und sogar nach Misserfolgen rechtspopulistischer Parteien oder Kampagnen liegt so deren Schatten schwer auf den pluralistischen Demokratien.
Da die Prozesse von Globalisierung und Transnationalisierung nicht einfach morgen enden und damit Fragen der (kulturellen) Identität, gemeinsamer Werte sowie Verteilungsgerechtigkeit auf der Tagesordnung ganz oben verbleiben werden, bleibt auch die politische Nische für Rechtsextremisten und Rechtspopulisten für absehbare Zeit recht stabil.

Und was können zivilgesellschaftliche Organisationen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. besser machen, damit eine demokratische Kultur in der politischen Auseinandersetzung gewahrt wird?

Da es sich hier um einen ganzen Katalog von Dingen handelt, möchte ich dies stichpunktartig beantworten:

Erstens: Durchweg alle Aktivitäten von Rechtsextremisten und -populisten sind auf Konflikt und Polarisierung ausgerichtet, nicht Konsens. Daher werden besonders Konflikte nachgerade kultiviert, die „unteilbar" sind und sich nicht in einem verhandelbaren „Mehr-oder-Weniger" auflösen lassen, sondern nur in einem nicht verhandelbaren „Entweder-Oder". Zuvorderst geht es dabei um Identität. In diesem Sinne scheint die beste Gegenwehr die Delegitimation ihrer „Basisgeschichte" zu sein, insbesondere deren Darstellung als altruistische „Stimme des Volkes". Hierbei ist eine faktengesättigte Argumentation unerlässlich, die in der Regel zeigen wird, dass es sich eben nicht durchweg um fleißige, ehrliche, selbstlose, patriotische Helden des Alltags handelt, sondern wir es überproportional mit Egomanen und Soziopathen zu tun haben, die es oft auch mit dem Gesetz nicht allzu genau nehmen.

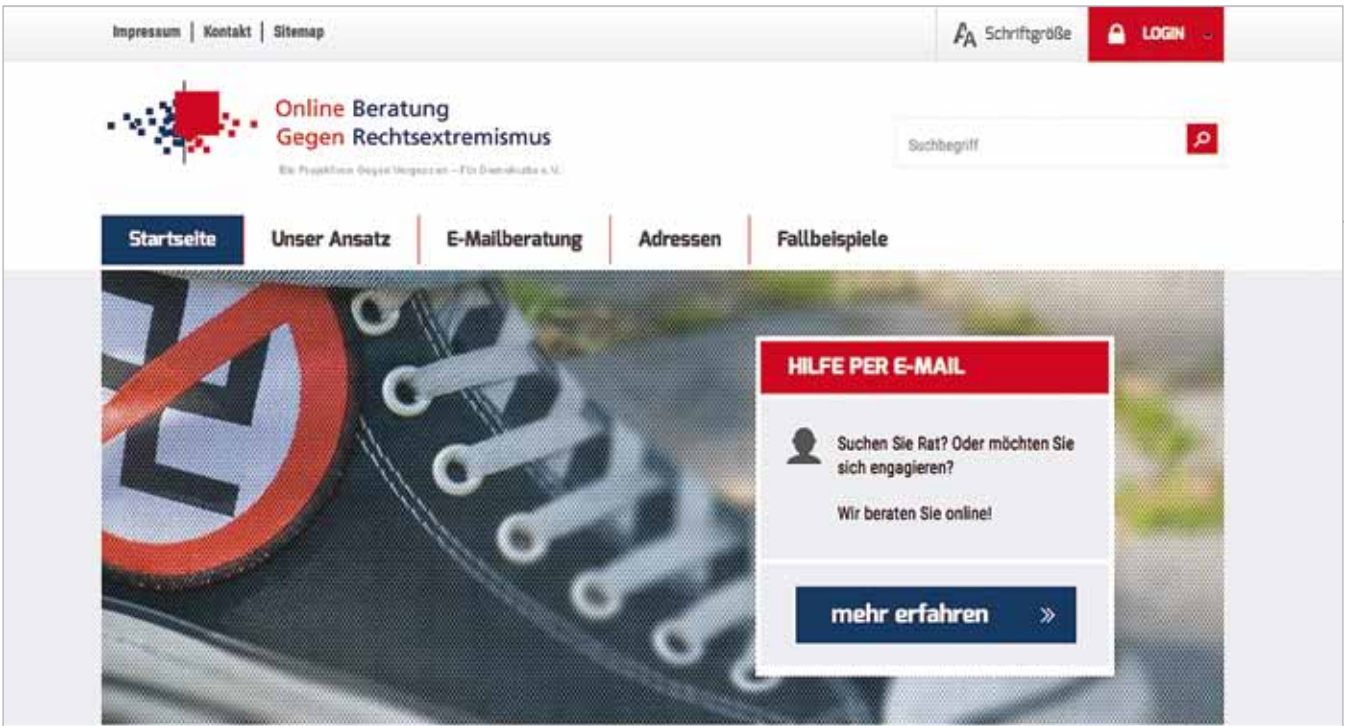
Zweitens: Ferner ist das öffentliche Argumentieren mit Rechtsextremisten und -populisten zumeist wenig fruchtbar, da diese es augenscheinlich genießen, von ihren Gegnern verachtet zu werden. Der US-Soziologe Robert Altemeyer formuliert es anschaulich so: Der Versuch, die Einstellungen von hoch dogmatischen, diskurs- und beweisimmunen Menschen in einer öffentlichen Debatte ändern zu wollen, ist „wie gegen den Wind zu pinkeln".

Drittens: Besonders vielschichtig ist die Situation in Ostdeutschland, wo eine besonders mobilisierungsfördernde „doppelte Modernisierung" zu konstatieren ist: Die nachgeholte Systemtransformation fällt zusammen mit dem aus Westdeutschland importierten Modernisierungsschub. Zu beobachten ist eine alltagskulturelle rechtsextremistische Dominanz in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands, die Toralf Staud als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz" bezeichnet.

Viertens: Wie die Einstellungsforschung immer wieder zeigt, nimmt die Zustimmung zu rechtsextremistischen bzw. menschenfeindlichen Denkmustern mit dem Grad der Bildung ab. Grundsätzlich gilt: je ungebildeter, desto rechtsextremistischer! Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass es an deutschen Schu- »

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Beratungsportal: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



» len noch kein Regelfach Demokratieerziehung gibt, wo jungen Menschen Theorie und Praxis der liberalen Demokratie – als auch Ideologien und Strategien ihrer Feinde – vermittelt wird.

Fünftens: Politische Bildung im Sinne von Extremismusprävention und -bekämpfung muss ein permanenter demokratiebegleitender Prozess sein. So sollte es entweder eine wie immer geartete staatliche Regelförderung in diesem Bereich geben, zum Beispiel über Landesprogramme, oder die Zivilgesellschaft sollte sich auf klassisches professionelles Fundraising besinnen.

Sechstens: Wenn es bestimmte zivilgesellschaftliche, demokratiefördernde Institutionen gerade im ländlichen Raum nicht mehr geben wird, ist die extremistische Rechte ihrem Ziel einer kulturellen Hegemonie ein gutes Stück näher gekommen. Es wäre tragisch, wenn die so dringend wie eh und je notwendige zivilgesellschaftlich-demokratische Gegenmobilisierung aufgrund von politischen, finanziellen und ideologischen Problem- und Interessenslagen zum Erliegen käme.

Siebtens: Interventionen mit dem Ziel, der Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen nachhaltig entgegenzuwirken, müssen weit über die reine ökonomische Existenzsicherung hinausreichen. Denn die Anfälligkeit von Individuen für Rechtsextremismus bzw. -populismus hängt weniger davon ab, wie prekär ihr sozialer Status tatsächlich ist, sondern vor allem davon, wie sie ihren sozialen Status und daraus resultierende Deklassierungsängste subjektiv verarbeiten.

Es geht um nicht weniger als eine „positive Anerkennungsbilanz", so formuliert es Heitmeyer. Je negativer diese ausfällt, desto weniger sind Personen bereit, die Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von als besonders schwach (unten) oder besonders beschwerdearm (oben) wahrgenommenen Gruppen zu gewährleisten. Es besteht die Gefahr, dass inhumane soziale Praxis inhumane Einstellungen sukzessiv normalisiert. Eine Politik, die auch nur den Anschein erweckt, dass Banken „systemrelevant" sind, sozial Schwache jedoch nicht, leistet menschenfeindlichen Einstellungsmustern Vorschub. Nötig ist dagegen eine demokratische Kultur der Anerkennung für alle, die in dieser Gesellschaft leben. ■

Das Interview führte Liane Czeremin.

Thomas Grumke ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Liane Czeremin

In Erklärungsnot

Das Engagement für Demokratie muss sich verändern

Der Wert der Demokratie und des Engagements für diese ist heute nicht mehr so selbstverständlich wie in den Jahrzehnten, in denen nahezu alle Menschen oder deren Eltern über Kriegs- oder Diktaturerfahrungen verfügten und einen entsprechenden Vergleich hatten. Den meisten Mitgliedern von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. braucht man nicht zu erklären, warum eine Demokratie nur funktioniert, wenn die Bürger auch die dazugehörigen Werte verinnerlichen und verteidigen. Aber es lohnt sich, einmal einen Blick auf diejenigen zu lenken, denen diese Botschaft nicht mehr viel sagt.

Die Ausgeschlossenen

Es gibt eine größer werdende Menge von Bürgern, die von den Verhältnissen in unserer Demokratie und von der politischen Elite enttäuscht sind. Sie fühlen sich machtlos oder abgestumpft oder beides, ziehen sich in ihr direktes Lebensumfeld zurück und beteiligen sich nicht mehr an politischen Prozessen. Diese Menschen verdienen Aufmerksamkeit, denn sie drohen auf verschiedenen Wegen, der aktiven demokratischen Gesellschaft dauerhaft abhanden zu kommen.

Sie werden von Soziologen die „Abgehängten" oder die „Ausgeschlossenen" genannt. Darunter werden aber so verschiedene Gruppen gefasst wie Alleinerziehende, die kein ausreichendes Einkommen haben, Migranten, die in ghettohaften Stadtteilen wohnen, Schulverweigerer und andere bildungsferne junge Erwachsene, oder auch Minijobber und Hartz-IV-Aufstocker, die keine Wege sehen, aus der improvisierten finanziellen Situation wieder herauszukommen. Diese Gruppen haben aber wenige Gemeinsamkeiten, bündeln lassen sich ihre Interessen schwer.

Soziale Schere bei politischer Teilhabe

Nach Studien zur Einkommensverteilung gleicht sich Deutschland hier immer mehr der amerikanischen Gesellschaft an. Das heißt, sie driftet sozial weiter auseinander. Das spiegelt sich auch in den Werten zur politischen Beteiligung wider.

Die Bertelsmann-Stiftung hat ermittelt, dass selbst Bundestagswahlen als meist genutztes Mittel der politischen Beteiligung in Deutschland aus sozialer Sicht nicht mehr repräsentativ sind. Bei der

Wahl 2013 haben die „oberen zwei Drittel der Gesellschaft erheblich größeren Einfluss auf die Zusammensetzung des neu gewählten Bundestages genommen als das untere Drittel". Die Wahlbeteiligung war in sozial schwachen Stadtteilen und Orten deutlich geringer als in stärkeren Wohnquartieren, und das sowohl im Westen als auch im Osten.

Bei direktdemokratischen Formen der Beteiligung geht die soziale Schere noch weiter auseinander. Auf der Demokratietagung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kassel 2012 hatte der Engagementforscher Serge Embacher festgehalten, dass Menschen, die sich abgehängt fühlen, sich auch mit neuen rechtlichen Möglichkeiten kaum zur Teilhabe bewegen lassen würden. Der beliebte Ruf nach mehr direkter Demokratie greift hier also zu kurz.

Ebenso wird man bei diesen Gruppen scheitern, wenn man mit viel Pathos den Einsatz für Demokratie einfordert ohne zu erklären, was das soll. Der Bezug auf das „Nie wieder!" reicht nicht mehr, wenn das Wofür nicht klar ist. Das gilt umso mehr, wenn sich Menschen von der demokratischen Gesellschaft für sich selbst keine Verbesserungen mehr versprechen.

Demokratie vor starken Herausforderungen

Demokratie zu erklären ist heutzutage gar nicht so einfach. Es sind nicht nur die sogenannten „Abgehängten", bei denen das Vertrauen in die Demokratie und das politische Personal gestört ist. Zahlreiche Politikwissenschaftler wie auch Professor Grumke in diesem Heft sprechen generell von einer Repräsentationskrise in den westlichen Demokratien und meinen damit auch das konkrete Agieren von Politikern und die Wirkungsweise der staatlichen Institutionen. Die Rede ist je nach Perspektive und Schwerpunkt von „Postdemokratie", „entleerter Demokratie", „simulativer Demokratie" oder „unpolitischer Demokratie".

Diese Veränderungen im politischen System gehen einher mit einem Wandel der Wertevorstellungen und Gewohnheiten in der Gesellschaft, der von Digitalisierung, Konsumorientierung und flüchtigen Bindungen geprägt ist. Und sie

Postdemokratie, unpolitische Demokratie, simulative Demokratie. Politikwissenschaftler tun sich schwer, den Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland in Begriffe zu fassen.

haben es mit scheinbar übermächtig werdenden Herausforderungen zu tun wie,

- der wachsenden sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken,
- eine nachhaltige Strategie gegen ökologische Krisen zu entwickeln,
- die Oberhand über den global aufgestellten Finanzhandel zu gewinnen,
- die Bürgerrechte im Zeitalter des Internets zu wahren und
- die Menschenrechte als Leitlinie für die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Die Autoren dieses Buches beschäftigen sich mit der Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsgrad und zeigen, dass es auch hier zivilgesellschaftliches Engagement gibt.

Man braucht weder extremistisch noch radikal zu sein, um sich zu fragen, ob die westlichen Gesellschaften in ihrer derzeitigen Gestalt diese Herausforderungen meistern können. Sie stecken in Erklärungsnot.

Wer sich in dieser Situation hinstellen und für demokratisches Engagement werben möchte wie der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., sollte sich nach mehr als 20 Jahren des Bestehens einmal über das eigene Demokratieverständnis austauschen. Dabei dürfen Nachteile und Unzulänglichkeiten in Theorie und Praxis nicht ausgeblendet werden. Nur wenn zu den Defiziten eine Haltung entwickelt werden kann, werden die eigenen Argumente schlagkräftig. Der Blick auf historische Zusammenhänge und Vergleiche kann hier weiter helfen.

Werben für demokratisches Engagement

Doch auch das Vorhaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., demokratische Identität durch das Vermitteln geschichtlicher Bezüge zu fördern (Seite 12–14), reicht allein nicht aus. Eine Frage, die sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. stellen muss, ist die, wie enttäuschte Menschen, die sich der Bürgergesellschaft nicht oder nicht mehr zugehörig fühlen oder die tatsächlich ausgegrenzt werden, für den Einsatz für Demokratie erreicht werden können. Dabei geht es zum einen darum Gründe zu nennen, warum sich dieser Einsatz auch für sie lohnen soll. Zum anderen geht es um die Form der Ansprache. Auch im digitalen Zeitalter ist hier der konkrete Lebensraum, also die Kommune, die »

» entscheidende Ebene. Hier trifft man die Menschen in ihrem Umfeld, hier gibt es Ansatzpunkte, die die eigene Lebenserfahrung betreffen und das Abstrakte mit dem Konkreten in Verbindung bringen können. Hier liegen die Potenziale, um Demokratie einzuüben, um die Vorteile zu erkennen und sie dann auch zu verteidigen, wenn es nötig ist.

Johanna Klatt und Franz Walter haben in der Studie: „Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement" ausführlich dargelegt, wie auch Menschen angesprochen werden könnten, die nicht über die nötige Redegewandtheit oder das Fachwissen verfügen, um sich selbstbewusst und mit Eigeninitiative für die Gesellschaft einzubringen. Da geht es zum Beispiel darum, eine Sprache zu sprechen, die nicht nur Hochschulabsolventen verstehen, Meinungen ernst zu nehmen, auch wenn sie nicht professionell artikuliert werden, Erfahrungen nicht abzutun, nur weil sie nicht verallgemeinerbar sind.

Foto: Alexander Hauk/wikicommons

Qual der Wahl? Bei der vergangenen Bundestagswahl 2013 war die Nichtwählerquote in benachteiligten Orten besonders hoch.

Schon der Begriff Bürger wird in einigen Milieus eher negativ besetzt und vor allem mit Ämtern und Behörden in Verbindung gebracht. Da bringt es wenig, vom Wert der Bürgergesellschaft zu sprechen. Niedrigschwellige Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene wie Umfragen oder runde Tische in Nachbarschaftszentren, zu denen die Menschen eine persönliche Einladung erhalten, können hier schon mehr bewirken.

Für eine umfassende Debatte über Möglichkeiten, die in den Regionen wirksam werden können, wäre es höchste Zeit – sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft. Auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat durch die regionale und überregionale Struktur, durch die vielfältigen Erfahrungen im Feld des Engagements beste Voraussetzungen, um mitzuhelfen, die Gesellschaft weiter zusammenzuhalten und demokratische Spielregeln erfahrbar zu machen. ■

Liane Czeremin ist Politologin und wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Michael Parak und Dennis Riffel

Geschichtsvermittlung für Demokratie

Die Arbeit mit Geschichte spielt für viele zivilgesellschaftliche Initiativen eine große Rolle. Sie beschäftigen sich beispielsweise mit der Geschichte der KZ-Außenlager in ihrer Kommune, mit Schicksalen von Zwangsarbeitern, die lange Zeit nicht thematisiert wurden, sie verlegen Stolpersteine oder setzen sich dafür ein, dass Straßen umbenannt werden.

Das leitende Ziel dieses bürgergesellschaftlichen Engagements ist nicht nur das Wissen um vergangenes Unrecht. Vielmehr möchten Initiativen und Einzelpersonen auch einen Beitrag für ein friedliches Zusammenleben heute leisten. Sie setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen nicht akzeptiert werden.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. will im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" lokale Akteure unterstützen, Geschichtsvermittlung im Sinne eines Gegenwartsbezugs „Für Demokratie" sinnvoll zu nutzen. Dazu werden hier einige Leitgedanken zusammengefasst:

Veränderbarkeit zeigen

Unsere heutigen Lebensumstände sind nicht einfach gegeben und unveränderlich. Manchmal verliert man sich im hier und heute und denkt, dass sich sowieso nichts ändern lässt. Oder man lehnt sich wohlig zurück und denkt: ich brauche doch nichts tun. Die Beschäftigung mit Geschichte kann helfen, dieser Fixierung auf die Gegenwart zu entgehen.

Veränderung ist sowohl im Negativen als auch im Positiven möglich. Nach den Verbrechen der Nationalsozialisten hatten viele gehofft und gedacht, dass Völkermorde in Europa für alle Zeit der Vergangenheit angehören würden. Doch trotzdem wurde 1995 in Srebrenica eines der schlimmsten Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg begangen. In der Bundes-

Foto: Dennis Riffel

Veränderbarkeit zeigen, z.B. durch die Geschichte der Friedlichen Revolution. Von Schülern nachgestaltetes Transparent aus der Ausstellung „Nordhausen während der Revolution der Kerzen" in der Flohburg, dem Stadtmuseum in Nordhausen.

republik Deutschland wurden und werden aus rassistischen Motiven Menschen umgebracht, weil hasserfüllte Menschen sie einer Gruppe zuordnen, der sie die Lebensberechtigung absprechen.

Alle Fortschritte und Errungenschaften, sei es bei der Wahrung von Menschenrechten, dem Schutz von Minderheiten oder dem Ausbau von politischen Beteiligungsmöglichkeiten, sind nicht einfach da: sie müssen etabliert, verteidigt und weiterentwickelt werden. Veränderung ist auch im Positiven möglich. Wer hätte vor dreißig Jahren gedacht, dass z.B. das Eintreten für Bürgerrechte zu einer friedlichen Revolution in der DDR und dem Fall eines Unrechtsregimes führen würde?
Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass Menschen ihre Lebensverhältnisse verändern und gestalten können. Dies kann ein Antrieb für Engagement sein.

Diktatur und Demokratie

Seit 80 Jahren gab es keinen Krieg mehr in Deutschland. In der westlichen Landeshälfte besteht seit über 75 Jahren eine parlamentarische Demokratie. Dies ist eine lange Zeitspanne, die dazu führen kann, dass Frieden und Demokratie als etwas Selbstverständliches begriffen werden, das man einfach hinnimmt, ohne die Notwendigkeit zu sehen, sich dafür einzubringen.

Die Demokratie in Deutschland erhält ihre besondere Begründung eben gerade als konsequentes Gegenbild zur NS-Diktatur, was eine Ablehnung jeder Diktatur zur Konsequenz hat. Doch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution rücken die eigenen Erfahrungen mit einer Diktatur in immer weitere Ferne. Über ein Fünftel der in Deutschland lebenden Menschen sind nach 1989 geboren. Dass sie keine „Diktaturerfahrung" haben, ist gut. Zugleich können wir feststellen, dass mit dem zeitlichen Abstand zu Krieg und Diktatur das Wissen über diese Zeit schwindet. Jugendlichen fehlen oft Maßstäbe, um Gesellschaften messen und bewerten zu können. Hier darf durchaus ein politischer Anspruch gesehen werden. Das Gegensatzpaar Diktatur und Demokratie kann nutzbar gemacht werden, um scheinbar Selbstverständliches zu hinterfragen und damit auch Impulse für eine Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland zu geben.

Eine besondere Aktualität erhält das Thema Diktatur derzeit durch die Flüchtlin- »

Erinnerung an einen Völkermord: Eine Wand der Namen in der Gedenkstätte in Potočari listet die Ermordeten des Massakers von Srebrenica auf.

Foto: Michael Büker

» ge, die zu einem großen Teil aus diktatorischen und autoritären Staaten nach Deutschland fliehen. Auch sie sind ein Beispiel dafür, dass Demokratie heute in vielen Teilen der Welt keine Selbstverständlichkeit ist.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Am 27. Januar 2001 führte der damalige Bundespräsident Johannes Rau aus: „Man braucht nie etwas über das Dritte Reich und seine Gewalttaten gehört zu haben, um zu wissen, dass man Menschen nicht verfolgt, misshandelt und totschlägt." Dies ist zweifelsfrei richtig. Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens müssen unabhängig von Kenntnissen über die Geschichte gelten. Zugleich muss aber hinzugefügt werden, dass die Umgangsformen, die wir uns für unsere demokratische Gesellschaft wünschen, keine Selbstläufer sind. Sie müssen geübt und verinnerlicht werden. Ein Teil dieses „Trainingsprogramms" kann auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte sein.

Diese hält leider genug Beispiele für Ausgrenzung und Diskriminierung bereit: Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus, Homophobie oder die Abwertung von Behinderten. Aufgrund dieser und anderer Motive wurde bestimmten Gruppen das Recht auf Gleichwertigkeit und Unversehrtheit abgesprochen. Der Blick auf Vergangenes kann dazu führen, dass Probleme der Gegenwart deutlicher wahrgenommen werden, auch im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen wie z.B. Islamfeindlichkeit.

Geschichtsvermittlung kann die Bereitschaft, sich mit den Schicksalen von Opfern zu beschäftigen, steigern. Aktuell ist die Frage nach Mitläufern und Tätern. Deutlich wird: „man" konnte zu allen Zeiten, sogar im Nationalsozialismus, etwas gegen Unmenschlichkeit tun. Es gibt genug Beispiele von Widerstand oder „stillen Helden" während der NS-Zeit, die sich für ihre Mitbürger eingesetzt haben. Der Mut der Wenigen damals kann und sollte auch heute Vorbild und Richtschnur sein.

Foto: Wikipedia, Frank Vincentz

Aufbegehren gegen Menschenfeindlichkeit – dabei kann auch der Blick in die Geschichte helfen. Ein Mahnmal von Solinger Bürgern zur Erinnerung an den Brandanschlag von Solingen, bei dem am 29. Mai 1993 fünf Menschen starben.

Vorbilder

Demokratie ist ein vielschichtiges System von Teilhabe und Selbstorganisation. Sie wird immer wieder neu ausgehandelt und lebt vom Engagement Einzelner. Dazu gehört neben der Erfahrung von Selbstwirksamkeit auch Frustration und Scheitern. Unterschiedliche Alltagserfahrungen und Erzählungen können dabei helfen, einen alltagsbezogenen Zugang zur Demokratie zu finden.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. sucht deshalb nach Geschichten und Erfahrungen von demokratischem Engagement. Ungeachtet der Verbrechens- und Unrechtsgeschichte von zwei Diktaturen bietet die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vielfältige Anknüpfungspunkte für das Thema Demokratie und Partizipation.

Dies ist Anlass, gesondert danach zu fragen, welche Menschen uns durch ihr politisches und gesellschaftliches Engagement ein Vorbild sein könnten. Welche Anknüpfungspunkte bietet uns die deutsche Zeitgeschichte für Vorbilder? Welche Zeitzeugen der Demokratie können wir befragen? Hierbei stehen nicht nur die großen Politiker des 20. Jahrhunderts, sondern auch Vorbilder und Zeitzeugen „vor Ort" im Fokus.

Zeitgeschichte für alle spannend machen

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. setzt sich für eine Geschichtsvermittlung ein, die alle anspricht, die in Deutschland leben. Lerngruppen sind heute fast immer heterogen zusammengesetzt, weil unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht differenzierter geworden ist. Migration ist dabei ein wesentliches Merkmal unserer Gesellschaft geworden.

Die gegenseitige Achtung und Anteilnahme kann wertvolle Potenziale aufdecken. Potenziale sowohl bei den ankommenden Menschen als auch bei der aufnehmenden Gesellschaft. Es geht dabei u.a. um Fragen der gegenseitigen Wertevermittlung im Bereich der politischen Bildung (Demokratie und Diktatur), um Fragen der Alltagsgestaltung, der Anerkennung unterschiedlicher Lebenswege und eine gegenseitige Wertschätzungskultur. Dafür sollten wir bereit sein, uns auf besonderes Wissen und neue Handlungswege einzulassen.

Die Geschichte des Raums, in dem wir heute leben, soll aufgegriffen werden. Wichtig sind dafür Anknüpfungspunkte zur Lebenswelt der Lernenden. Ziel der Geschichtsvermittlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist es zum Nachdenken anzuregen.

Dabei geht es nicht um eine „Sonderpädagogik" für Migranten, sondern darum, Normvorstellungen nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als historisch gewachsen zu hinterfragen. Zudem kann dem verbreiteten Gefühl, Gesellschaft nicht selbst gestalten zu können, entgegnet werden. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe am Gemeinwesen. ■

Dr. Michael Parak ist Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Dr. Dennis Riffel ist wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Alexander Schmidt

Wie umgehen mit nationalsozialistischer Architektur?

Das Beispiel Reichsparteitagsgelände in Nürnberg

„Haunted city" – verfolgte, heimgesuchte Stadt – so lautet der Titel einer umfassenden Studie des britischen Historikers Neil Gregor zu „Nuremberg and the Nazi Past", zum Umgang der Stadt mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. Wie keine andere deutsche Stadt ist Nürnberg nicht nur mit dem (auch berechtigten) Image einer Symbolstadt des Nationalsozialismus konfrontiert, sondern auch mit einer beispiellosen Baumasse aus Aufmarschflächen, Versammlungshallen und unvollendeten Bauten des Reichsparteitagsgeländes. Von hier aus sind die Bilder von vor Hitler angetretenen uniformierten Massen und jubelnden Zuschauern um die Welt gegangen. Dennoch sahen sich weite Teile der Stadtgesellschaft in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in erster Line als Opfer des Krieges und blendeten ihre eigene Rolle in der nationalsozialistischen Gesellschaft sowie die sehr prominente Rolle Nürnbergs als „Stadt der Reichsparteitage" in der Zeit des Nationalsozialismus aus.

Nicht einfach beiseiteschieben konnte man dagegen die baulichen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus in Nürnberg: Auf elf Quadratkilometern Fläche im Südosten der Stadt blieben 1945 die Luitpoldarena und das Zeppelinfeld als frühere Versammlungstätten von SA, SS, Wehrmacht und anderen Gruppierungen zurück sowie große Baustellen (Kongresshalle, Deutsches Stadion, Märzfeld). Tonnenweise lagen Granit und anderes Baumaterial auf dem Gelände. All dies erinnerte in schmerzhafter Weise an die unmittelbare Vergangenheit und forderte die Stadt heraus, ein Konzept zum Umgang mit den Bauten zu finden und damit auch eine Haltung zu ihrer Vergangenheit einzunehmen. »

Eindringendes und im Winter gefrorenes Wasser lässt die Steine an der Zeppelintribüne flächig abplatzen. Deshalb sind viele Reparaturen der Nachkriegszeit heute erneut sanierungsbedürftig.

Foto: Presseamt der Stadt Nürnberg/Christine Dierenbach, 2009

Foto: Presseamt der Stadt Nürnberg/Christine Dierenbach, 2013.

Hinweisschilder entlang der Zeppelintribüne warnen Passanten vor unsicheren Trittstellen und herabfallenden Fassadenteilen.

» Rückblick: Nürnbergs Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände nach 1945

In einer Mischung aus Pragmatismus, Verdrängung und kommerzieller Verwertung versuchte Nürnberg mit dem baulichen Erbe Reichsparteitagsgelände nach 1945 umzugehen. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten stand die pragmatische Nutzung der vorhandenen Bauten und Baurelikte im Vordergrund, gleichgültig, welche ideologische Botschaft damit verbunden war.

Der Bautorso der Kongresshalle erlebte zunächst, mit einfachen Mitteln ausgebaut, große Ausstellungen wie die Deutsche Bauausstellung 1949 und die Ausstellung zum Stadtjubiläum 900 Jahre Nürnberg im Jahr 1950. Später sollte die Kongresshalle als Fußballstadion dienen (es kam nie dazu), auf dem Zeppelinfeld etablierte man ein Autorennen, ließ aber auch politische Veranstaltungen wie den Sudetendeutschen Tag in den 1950er-Jahren zu. Störende Baurelikte wie das begonnene Märzfeld oder die Luitpoldarena räumte man kurzerhand ab, um Platz für Wohnungen und Parkanlagen zu schaffen.

Ab den 1960er-Jahren beginnt ein neues Nachdenken über die Bauten der Nationalsozialisten. „Brutalität in Stein", der erste Film von Alexander Kluge, den er gemeinsam mit Peter Schamoni 1960 drehte, setzt erstmals ein Statement gegen die ideologische Botschaft nationalsozialistischer Architektur. Mit dieser neuen geschichtsbewussten Haltung konnte man den Bauten und ihrer Botschaft eigentlich nicht mehr pragmatisch ausweichen. Im Rahmen umfassender städtebaulicher Überlegungen schlugen 1963 daher Architekten des Bundes deutscher Architekten eine neue radikale Lösung vor – nämlich die Beseitigung der Kongresshalle. Sosehr diese Vorschläge als Befreiungsschlag gedacht waren, so wenig repräsentativ waren sie jedoch für die „schweigende Mehrheit" der Nürnberger in den 1960er- und 1970er-Jahren.

Als allerdings an einem Teil der Zeppelintribüne ein Hakenkreuzmosaik von einer israelischen Besuchergruppe als störend öffentlich gemacht wurde, reagierte die Stadt empfindlich auf eine mögliche Rufschädigung. Um einen Imageschaden abzuwenden und – angesichts sich abzeichnender erheblicher Bauschäden – kein Geld für den Bauerhalt ausgeben zu müssen, sprengte man 1967 einen Teil der Zeppelintribüne. Doch es war das letzte Mal, dass man versuchte, mit der Beseitigung von Bauten auch deren Geschichte loszuwerden.

Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre begann ein gesellschaftlicher Wandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit, der sich auch auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände manifestierte. 1973 wurden die Bauten unter Denkmalschutz gestellt. 1985 eröffnete die Ausstellung „Faszination und Gewalt" in der Zeppelintribüne, jedoch mit extrem prekärer Ausstattung und provisorischem Charakter. So war die Ausstellung z.B. im Winter geschlossen, da der Ausstellungsraum nicht heizbar war. Ein Anfang war gemacht, aber bald genügte dieser Informationsort dem gestiegenen Interesse an dem Gelände nicht mehr. 2001 wurde die Dauerausstellung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände eröffnet, die mittlerweile jährlich 235.000 Besucher aus aller Welt zählt. Leitlinien des Stadtrats legten 2004 fest, dass die Bauten des Reichsparteitagsgeländes in ihrem heutigen Zustand erhalten werden und – neben einer alltäglichen Freizeitnutzung – auch als Lernort dienen sollen.

Die aktuelle Diskussion: NS-Architektur erhalten?

Angesichts eines drohenden Verfalls besonders von Zeppelinfeld und -tribüne steht die Stadt Nürnberg heute vor einer neuen Herausforderung: Will sie die 2004 beschlossenen und diesen Sommer erst einhellig im Stadtrat bestätigten Leitlinien umsetzen und das Areal des Zeppelinfeldes mit der Rednertribüne Hitlers erhalten, sind umfassende Maßnahmen zur baulichen Sicherung notwendig. Dazu müssen erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die genauen Kosten lässt die Stadt gerade durch Fachleute ermitteln. Zu diesem Zwecke wurden an Haupttribüne und Wallanlagen des Zeppelinfeldes verschiedene Musterflächen angelegt, die auch als Diskussionsgrundlage für spätere

Nach der Entfernung des Bauschutts stützen an zahlreichen Stellen der Zeppelintribüne vorerst Holzkonstruktionen die Decken.

Foto: Presseamt der Stadt Nürnberg/Christine Dierenbach, 2009.

Symposium: Erhalten! Wozu? – Perspektiven für Zeppelintribüne/-feld und das ehemalige Reichsparteitagsgelände

Sonnabend / Sonntag, den 17./18. Oktober 2015

International anerkannte Fachleute diskutieren über den künftigen Umgang und die Perspektiven von Zeppelintribüne und -feld sowie der anderen Bauten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Dabei stehen architektonisch-denkmalpflegerische, künstlerische, pädagogische sowie historisch-geschichtskulturelle Blickwinkel im Mittelpunkt.

Ausstellung:
Das Gelände. Dokumentation. Perspektiven. Diskussion.

Die Ausstellung dokumentiert anhand von zahlreichen Objekten – durchaus auch ungewöhnlich und unerwartet – die zweite Geschichte des Reichsparteitagsgeländes, die Zeit nach 1945. Eine innovative Projektion zeigt neuartige Perspektiven zum künftigen ErfahrungsRaum auf. Beispiele zum Umgang mit NS-Großbauten andernorts in der Bundesrepublik sowie eine schlaglichtartige Betrachtung der aktuellen öffentlichen Diskussion bieten einen erweiterten Blick auf den historischen Ort Reichsparteitagsgelände und öffnen so neue Denkräume.

19. Oktober 2015 – 28. März 2016
Eröffnung: 16. Oktober 2015, 18.30 Uhr

Veranstaltungsort:
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände
Bayernstraße 110· 90478 Nürnberg
www.dokumentationszentrum-nuernberg.de

Foto: Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, 2015

Derzeit werden Pläne entwickelt, zumindest einen Teil des Zeppelinfeldes samt zugehöriger Wallanlage wieder dauerhaft für Besucher zu öffnen.

Entscheidungen dienen sollen. Neben der Entfernung von Bauschutt aus der Tribüne möchte man erreichen, dass das Innere der Tribüne nach Abschluss der Baumaßnahmen kontrolliert be- und entlüftet werden kann, damit die komplett durchfeuchtete Konstruktion nach und nach abtrocknet. An der Wallanlage wird nach einem sinnvollen Umgang mit den starken Setzungen gesucht, zu denen es kam, weil der Wall während seines Baus nicht ausreichend verdichtet wurde.

Wie viele Vordenker der Gedenkstättenszene hat Norbert Frei von der Universität Jena kürzlich sein Unbehagen gegenüber einer scheinbar immer reibungsloser ablaufenden und unkritischeren Gedenkkultur formuliert und dies unter dem Titel „Einstürzende NS-Bauten" konkret auf das Vorhaben der Stadt Nürnberg bezogen, das verfallende Zeppelinfeld baulich zu sichern. Frei schlug in der Wochenzeitung „Die Zeit" vor, das Areal dem Verfall preiszugeben – der Aufwand für den Erhalt sei zu groß und der Verfall schlicht angemessen. In einer intensiven Diskussion hat sich die Stadt Nürnberg mit dieser Haltung auseinandergesetzt. So sehr die Kritik an bestimmten Ritualen der deutschen Erinnerungskultur nachvollziehbar ist, so wenig überzeugend ist ihrer Meinung nach Freis Einschätzung des historischen Orts Zeppelinfeld als „aussageloser Steinhaufen". Das Zeppelinfeld ist ein einzigartiger historischer Lernort, der erhalten werden muss. Nirgends sonst kann man so plastisch sehen und erfahren, wie sich „Volksgemeinschaft" als hierarchische Struktur um und unter Hitler gruppierte, wie Propaganda in Szene gesetzt wurde und wie NS-Architektur als Botschaft wirkte. Eine langsam verfallende Ruine würde von zahlreichen Besuchern missverstanden werden als Versagen der Stadt und Versuch, Geschichte wie in vergangenen Jahrzehnten zu beseitigen.

Die eigentliche Herausforderung im Umgang mit der Geschichte besteht heute nicht (mehr) in der Bewältigung einer „Vergangenheitslast", denn die nationalsozialistische Vergangenheit ist in Nürnberg weitgehend aufgearbeitet, dokumentiert und in Ausstellungen präsentiert. Vielmehr geht es darum, die Konsequenzen, die sich aus den Verbrechen des Nationalsozialismus für gegenwärtiges politisches Handeln ergeben, zu diskutieren, ernst zu nehmen und auch als kommunale Aufgabe zu begreifen. Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Arbeit ist auch der Erhalt wichtiger und wesentlicher historischer Orte – schon aus Gründen der Anschaulichkeit. Eine aktuell vom Dokumentationszentrum erstellte Diskussionsgrundlage für einen „ErfahrungsRaum ehemaliges Reichsparteitagsgelände" trägt dem Rechnung und soll die Geschichte im Gelände noch besser präsentieren. Ein Symposium im Herbst lädt international anerkannte Fachleute zur Diskussion. Das Zeppelinfeld und die übrigen Reste des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes werden so verstärkt ein wichtiger Lernort deutscher Geschichte für viele deutsche und internationale Besucher. ■

Dr. Alexander Schmidt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und Sprecher der Regionalgruppe Nordostbayern von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Foto: ZARA

Am 19. und 20. Juni 2015 tagten die regionalen Sprecherinnen und Sprecher von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Während am Freitagabend Dr. Sabine Arnold, Projektleiterin „Aussiedlerseelsorge" der SinN-Stiftung in Nürnberg und Helga Riedl vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg über ihre Arbeit berichteten, führte Dr. Alexander Schmidt die RAG-Sprecher am Samstagnachmittag durch das Dokumentationszentrum und das Außengelände.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa

Wie geht es den Nachbarn – ein Blick über den Tellerrand

In allen europäischen Gesellschaften sind feindselige Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen verankert. In vielen Staaten gewinnen derzeit auch rechtspopulistische Bewegungen Zulauf. Alle müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie ein Europa in Vielfalt gestaltet und gesichert werden kann. Doch der Umgang mit abwertenden Einstellungen in der Bevölkerung, mit Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, ist oft unterschiedlich. Genauso wie das gesellschaftliche Klima und der allgemeine Grad der Akzeptanz der sogenannten „anderen". Dementsprechend variieren die jeweiligen Bedingungen, unter denen sich nicht staatliche Organisationen für eine Gesellschaft in Vielfalt einsetzen. In einer Serie richtet Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. den Blick über den deutschen Tellerrand und veröffentlicht in loser Folge Berichte aus verschiedenen europäischen Ländern – in dieser Ausgabe informiert die Wiener Organisation ZARA e. V. aus Österreich. ■

Claudia Schäfer

15 Jahre ZARA

Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit!

Die kleine Organisation, die bis heute als einzige Stelle österreichweit gezielte Anti-Rassismus-Arbeit durch Beratung, Sensibilisierung und Prävention leistet, ist immer noch da und aktiver denn je!

Eigentlich ist das ja kein Grund zum Feiern, war und ist es doch erklärtes Ziel des Vereins, sich selbst überflüssig zu machen, indem wir das Konstrukt Rassismus für eine breite Öffentlichkeit entschlüsseln, die Betroffenen „empowern" und nicht zuletzt mit Präventionsarbeit erreichen wollen, dass Ausgrenzung und Schlechterstellung aufgrund von Merkmalen wie Hautfarbe, Herkunft, Sprache und/oder Religion nicht mehr vorkommen.

Doch bis dahin muss noch einiges getan werden. Als „Europameister" in der Ablehnung gegenüber Migranten und einem Flickenteppich an Gesetzen, der Opfern von Rassismus bei der Rechtsdurchsetzung zur Verfügung steht, ist der Berg, vor dem wir heute stehen, ziemlich groß. Zusätzlich bewegt er sich: Gruppenspezifischer Rassismus, das lässt sich

aus den Fallmeldungen, die im vergangenen Jahr bei unserer Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus eingegangen sind, ablesen, ist in Österreich auf dem Vormarsch: Betroffen sind vermehrt Muslime, Menschen jüdischen Glaubens sowie Roma. Ebenso zugenommen haben Angriffe gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen. Besonders auffällig war – und ist – allerdings der Generalverdacht, unter den Muslime gestellt wurden. Allein die Anzahl der rassistischen Vorfälle gegenüber als Muslimen wahrgenommenen Personen hat sich seit August 2014 nahezu verdoppelt (Quelle: ZARA-Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus, 2014). Damit fallen die Angriffe zeitlich mit der Verbreitung der Nachrichten über Gräueltaten der IS/ISIS über Medien und insbesondere das Internet zusammen. Die Vorfälle selbst reichen von verbalen Attacken in Parks und öffentlichen Verkehrsmitteln, über tätliche Angriffe, Vandalismus gegen Einrichtungen bis hin zu Hetze und Morddrohungen im Netz. Die Opfer finden sich fassungslos in unserer Beratungsstelle ein, wie zum Beispiel der Vater, der gemeinsam mit seiner Tochter in einem Supermarkt von einem fremden Kunden abfällig auf ihr Kopftuch angesprochen wurde. Schließlich beschimpfte der Mann sie als „Scheiß-Muslime! Ihr Terroristen! Scheißdreck! Sie Schwein! Sie gehören hier nicht her!".

Die Eingangsdaten dieser und ähnlicher anti-muslimischer Übergriffe lassen klar einen Zusammenhang zwischen aktueller Berichterstattung über die Kriegshandlungen im Nahen Osten, politischen Reaktionen und rassistischen Übergriffen erkennen, angefacht von Parolen etwa der noch jungen Pegida-Ableger in Österreich, die auch hier mit Warnungen vor einer „Islamisierung des Abendlandes" Anhänger finden. Im selben Zeitraum geäußerte Strafandrohungen der Politik gegenüber Migrantinnen und Migranten gegen deren vermeintliche „Integrationsunwilligkeit" haben das Übrige getan, um zur Verfestigung von Vorurteilen, zur Spaltung der Gesellschaft und letztendlich Rassismus beizutragen.

Quelle: ZARA

Flyer von ZARA.

Salonfähig wurden solche Töne spätestens 1992, als Jörg Haider, damals Parteichef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), das sogenannte „Anti-Ausländer-Volksbegehren" startete. 416.000 Menschen haben diese Initiative mit dem offiziellen Titel „Österreich zuerst" unterzeichnet, in der unter anderem gefordert wurde, Österreich als Nicht-Einwanderungsland in der Verfassung festzuschreiben. Als Reaktion protestierten mehr als 200.000 Menschen beim Lichtermeer, der größten Demonstration in der Geschichte der Zweiten Republik, am Heldenplatz gegen diese von der FPÖ offen angefachte Ausländerfeindlichkeit. Noch im selben Jahr begann der Briefbomber Franz Fuchs mit seiner rassistisch motivierten Attentatsserie, durch die vier Roma/Romnija getötet und zahlreiche Prominente, darunter der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, verletzt wurden.

Obwohl eine große und auch prominente Öffentlichkeit erschüttert war, folgten die Regierungen den Forderungen der Freiheitlichen: die Fremdenrechtsgesetze wurden Mitte der 1990er-Jahre faktisch im Jahresrhythmus verschärft. Politisch hatte sich die FPÖ damit durchgesetzt: Österreich war von einem Bekenntnis zum Einwanderungsland weit entfernt.

Am 1. Mai 1999 starb der Flüchtling Marcus Omofuma beim Versuch seiner gewaltsamen Abschiebung nach Nigeria. Die Polizisten, die ihn begleiteten, fixierten und knebelten den unruhigen Passagier mit Klebeband am Sessel des Flugzeuges – er erstickte. Im Bundesministerium für Inneres wurde der Menschenrechtsbeirat eingerichtet, ein Gremium verschiedenster Regierungseinrichtungen und NGOs, zur Überprüfung der Einhaltung menschenrechtlicher Standards in den eigenen Einrichtungen.

»

Foto: ZARA

15 Jahre ZARA – Zivilcourage und Antirassismus-Arbeit in Österreich.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. kooperiert seit vielen Jahren grenzübergreifend mit ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit auf dem Gebiet der Prävention gegen Rechtsextremismus. Neben einem regelmäßigen Austausch über neueste politische wie gesellschaftliche Entwicklungen in beiden Ländern konnten in den vergangenen Jahren gemeinsame Workshops, Argumentationstrainings für Multiplikatoren und Vorträge, zum Beispiel an der Fachhochschule Dortmund für Studierende der Sozialen Arbeit angeboten werden. Die Zusammenarbeit soll in Zukunft noch weiter intensiviert werden.

Foto: ZARA

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ZARA bei der Feier zum 15-jährigen Bestehen des Vereins.

» Aus der Hotline für Opfer von Rassismus bei der Österreichischen Hochschülerschaft ging ZARA als Anti-Rassismus-Organisation hervor, nachdem erstmals das Ausmaß an rassistischer Diskriminierung durch die Aufzeichnung und systematische Dokumentation der Fälle sichtbar wurde.

Dass es uns seither weder an Nachfrage noch an öffentlicher Wahrnehmung fehlt, belegen nicht nur Glückwünsche wie dieser von Sozialminister Rudolf Hundstorfer anlässlich des 15. Geburtstages von ZARA im vergangenen November: „Wir werden euch noch einige Zeit brauchen. Ich sage das „Danke" ganz bewusst, auch wissend, dass ihr natürlich der Gesellschaft einen Spiegel vorhaltet, einen Spiegel, den wir als Politik manchmal lieber nicht hätten."

Es scheint, als sei das Thema Rassismus, auch wenn es selten in offiziellen Kreisen so genannt wird, jetzt auch bei der Regierung angekommen: Angestoßen durch die erste universelle Menschenrechtsprüfung Österreichs durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (s. ZARA-Rassismus-Report 2010, ab S. 55) soll unter der Ägide der Volksanwaltschaft bis zum Sommer ein Nationaler Aktionsplan Menschenrechte entstehen. Hass-Postings auf den eigenen Facebook-Seiten haben Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz sowie Frauen- und Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek aufgerüttelt und zu einer konkreteren Auseinandersetzung mit den Themen Hass und Diskriminierung im Netz ver-

Cover des aktuellen ZARA-Rassismus-Reports

anlasst. Und nicht zuletzt die verstörend geringe Anzahl an Verurteilungen wegen Verhetzung hat dazu beigetragen, dass Justizminister Wolfgang Brandstetter eine Novellierung des schwer interpretierbaren Paragrafen 283 des Strafgesetzbuches („Verhetzungsparagraf") initiiert hat. Auffallend ist nur, dass viele der daraus entstandenen Initiativen unter dem Schlagwort „Extremismusbekämpfung" verkauft werden, und zwar genauer gesagt als Bekämpfung des islamischen Extremismus. Von Aktivitäten gegen rechten Extremismus, der in Österreich so salonfähig ist, dass sich noch immer jedes Jahr die Pforten der Hofburg für ein Vernetzungstreffen der rechten Ideologen öffnen, ist nichts zu hören. Dabei würde der Zulauf zu rechtsgerichteten Bewegungen wie den Identitären und Pegida ein Maßnahmenpaket durchaus rechtfertigen. Ins Visier der Regierung scheint allerdings nur die mögliche Gefahr durch islamische Extremisten gerückt zu sein. Dieser Fokus erlaubt, analog zum vorherrschenden Ansatz der „Integrationspolitik", es bei Maßnahmen für die „anderen" zu belassen, und leistet damit den ohnehin schon starken Ressentiments gegenüber als Muslimen wahrgenommenen Menschen weiter Vorschub.

Von Aktivitäten, die langfristig gegen die voranschreitende Zersetzung des demokratischen Wertekatalogs geeignet wären, ist nichts zu hören, auch nichts von Maßnahmen, die dem ganzen Spektrum der radikalen Szene Paroli bieten oder MitläuferInnen zumindest eine Ausstiegsoption bieten könnten.

Also werden wir von ZARA weiterhin Rassismus sichtbar machen, ihn mit unseren Möglichkeiten bekämpfen und versuchen darauf hinzuwirken, dass die öffentlichen Maßnahmen und Programme geeigneter werden, rassistische Einstellungen und Strukturen tatsächlich zu beseitigen. ■

Claudia Schäfer ist Geschäftsführerin und Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit von ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit in Wien. Der im Beitrag erwähnte Rassismus-Report ist über den Internetauftritt von ZARA online bestellbar unter: www.zara.or.at.

Teresa Tammer

Rückkehr ins Unbekannte

Zeitzeugen berichteten über das Leben im Exil und die Remigration in die neue Heimat DDR

Unter dem Titel „Der 8. Mai im Exil – und danach? Zeitzeugen erinnern sich an ihre Ankunft in der SBZ / DDR" fand am 9. Mai 2015 eine ganztätige Veranstaltung im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin statt. Eingeladen hatte der Arbeitskreis Sowjetexil gemeinsam mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur förderte die Zeitzeugengespräche.

Dass sich das Ende des Zweiten Weltkrieges in diesem Jahr zum 70. Mal jährte, nahm der Arbeitskreis Sowjetexil zum Anlass, um an jene zu erinnern, die als Kommunisten vor den Nationalsozialisten fliehen mussten und nach 1945 ein neues Leben im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands und in der späteren DDR begannen. Bei der Veranstaltung am 9. Mai 2015 kamen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort, die die Übersiedlung in die DDR als Kinder und damit zumeist nicht als eigene, sondern als Entscheidung ihrer Eltern erlebt hatten. Sie waren in der Sowjetunion, in Großbritannien, Frankreich oder der Schweiz geboren worden und aufgewachsen. Oft sprachen sie kein Wort Deutsch. Welche Erfahrungen sie als Kinder von Exilanten machten, welche Schwierigkeiten sie bei der Ankunft in der neuen Heimat bewältigen mussten und welche Wege sie als DDR-Bürger gingen, waren Fragen, die ihnen die Moderatoren Regina Scheer und Dr. Christoph Links stellten.

Etwa 500.000 Menschen hatten seit 1933 das nationalsozialistische Deutschland und Österreich verlassen, erklärte der Historiker Bernd-Rainer Barth zum Auftakt, 8.000 bis 10.000 von ihnen, weil sie Kommunisten waren. Nach dem Krieg seien insgesamt nur 30.000 Menschen nach Deutschland zurückgekehrt, der größte Teil davon in die Bundesrepublik. Lediglich ein Fünftel der „Heimkehrer" begann ein neues Leben in der DDR. Die Remigration, so Barth, sei die Rückkehr in ein fremd gewordenes Land gewesen. Die Rückkehrer hätten eigene Vorbehalte gegenüber der deutschen Bevölkerung mitgebracht und sich gleichzeitig selbst mit Vorurteilen konfrontiert gesehen.

Inwieweit sich diese kollektiven Erfahrungen in individuellen Lebensgeschichten widerspiegeln, machten die sechs Zeitzeuginnen und Zeitzeugen deutlich.

Anja Schindler wurde 1949 als Anja Schwartz in Karaganda in Kasachstan geboren, wohin die Familie ihrer Mutter, Ursula Tieke, 1945 verbannt worden war. Anjas Vater, Meir Schwartz, kam 1940 als jüdischer Flüchtling aus Rumänien in die Sowjetunion. Bis zur Ausreise in die DDR 1956 lebte die Familie in Kasachstan unter widrigen Bedingungen. Anfangs in einer Erdhöhle, später in einer Wohnung. Deshalb sei die Ankunft in der DDR für die Familie ein Kulturschock gewesen, berichtete Anja Schindler. Es schien ihnen unbegreiflich, in welchem Wohlstand die Menschen lebten, die wenige Jahre zuvor den Krieg über Europa gebracht und ihn dann verloren hatten. Schließlich habe die Familie dennoch in der DDR ihren Platz gefunden. Auch weil es keine Alternative gab: Der Großvater wollte als KPD-Mitglied unbedingt den Aufbau des sozialistischen Deutschland unterstützen. Die Mutter war seit 1937 staatenlos gewesen und bekam sofort die DDR-Staatsbürgerschaft. Der Vater hätte nur ohne seine Familie nach Rumänien hätte zurückkehren dürfen.

Für Dr. Peter Beurton, der 1943 in Oxford geboren wurde und im Alter von sieben Jahren nach Ost-Berlin kam, war »

Foto: Silvana Hilliger

Konrad Rayß und Andrée Thérèse Leusink kamen mit acht und zehn Jahren in die DDR. Es moderierte die Autorin Regina Scheer.

Foto: Hans Holm

Dr. Peter Beurton, Anja Schindler, Dr. Vincent von Wroblewsky (v.l.n.r.) berichteten von ihrer Remigration in die DDR. Es moderierte der Verleger Dr. Christoph Links.

» die noch immer sichtbare Kriegszerstörung in Deutschland ein Schock, denn in Großbritannien hatte er kaum etwas vom Krieg mitbekommen. Seine Eltern, Ursula (geb. Kuczynski) und Leon Charles Beurton, arbeiteten während des Krieges im britischen Exil für den sowjetischen Geheimdienst und mussten Großbritannien 1949 verlassen. In der DDR erfuhr Beurton am eigenen Leib, wie das Regime mit Kritikern umging. Dafür etwa, dass er sich 1968 am Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei beteiligt hatte, sollte seine Aspirantur gestrichen werden und er durfte drei Jahre lang nicht mehr als Dolmetscher arbeiten. Dennoch blieb er Mitglied der SED und war bis zum Ende vom sozialistischen Staat überzeugt.

Die Eltern von Dr. Vincent von Wroblewsky waren 1933 als Juden und Kommunisten nach Frankreich emigriert, wo der Vater infolge des Widerstandskampfes gegen die Nationalsozialisten 1944 starb. Vincent kam 1939 in Clermont-Ferrand auf die Welt und lebte ab 1949 mit Mutter und Bruder in Paris, bis sie im Mai 1950 nach Ost-Berlin übersiedelten. Die Mutter, Rose von Wroblewsky, sei überzeugt gewesen, dass ihre beiden Söhne in der DDR eine bessere Zukunft hätten und auch sie sich am Aufbau der neuen Gesellschaft ohne Militarismus, Rassismus und Antisemitismus beteiligen könne. Später habe sie allerdings die Erfahrung machen müssen, nie wirklich zu dieser DDR-Gesellschaft zu gehören, und zog sich zurück. Vincent dagegen fasste Fuß in der neuen Heimat und lernte sehr schnell die deutsche Sprache. Doch bereits in der Schule musste er feststellen, dass die Sprache und die Symbole der Nationalsozialisten im Alltag der DDR noch immer benutzt wurden. Von sich selbst glaubte er, ein angepasstes Leben zu führen. Als er in den 1990er-Jahren Einsicht in die über ihn angelegten Stasi-Akten nahm, stellte sich allerdings heraus, dass seine Selbstwahrnehmung und die der DDR-Sicherheitsbehörden stark voneinander abwichen.

Foto: Silvana Hilliger

Ruth Santos war 18, als sie mit ihrer Mutter aus Sibirien in die DDR übersiedelte.

Erfahrungen mit Antisemitismus musste auch Andreé Thérèse Leusink in der DDR machen. Ihr Vater, der Schriftsteller Stephan Hermlin, war 1936 nach Frankreich emigriert, wo Andreé Thérèse 1938 zur Welt kam. Als 1940 die Deutschen Frankreich überfielen, mussten Andreé Thérèse und ihre Mutter, Juliette Leder, aus Paris fliehen. Der Vater kämpfte indes mit den Franzosen gegen die deutsche Armee. 1941 starb die Mutter, Andreé Thérèse kam in ein Kinderheim in Frankreich. Ab 1944 lebte sie bei einer Pflegefamilie in der Schweiz. 1948 zog sie zu ihrem Vater nach Ost-Berlin, wo sie das Abitur machte und an der Humboldt-Universität studierte. Sie erzählte, dass sie in der Schule separat sitzen musste, weil die Eltern einer Mitschülerin nicht wollten, dass ihre Tochter neben einer Jüdin saß. Andreé Thérèse erinnerte sich auch an antisemitische Äußerungen im evangelischen Religionsunterricht und Schändungen jüdischer Friedhöfe. Nur auf Wunsch ihres Vaters blieb sie in der DDR. Gleichzeitig machte sie es ihm, einem der bekanntesten Schriftsteller der DDR, immer zum Vorwurf, dass er die DDR zu verteidigte und in diesem Land leben wollte.

Ruth Santos wurde 1938 in Moskau geboren. Ihre Mutter, Hedwig Remmele, war 1933 mit ihrer Familie in die Sowjetunion emigriert, wo sie im Hotel Lux in Moskau lebte. Als Ruth zur Welt kam, war ihre Mutter bereits stark traumatisiert, denn ein Jahr zuvor waren Hedwigs Vater und ihr Bruder vom NKWD verhaftet und erschossen worden. 1941 wurden Großmutter, Mutter Hedwig und ihre zwei Töchter Ruth und Ilona nach Tomsk in Sibirien „evakuiert". In den Jahren der Verbannung wurde Hedwig Remmele sehr krank. Ihr größter Wunsch war es, in der deutschen Heimat zu sterben. Für Ruth war Deutschland jedoch ein fremdes Land, auch die Sprache beherrschte sie nicht. Dennoch entschied sich die Familie 1956 zur Ausreise. Für Ruth stand dabei fest, dass sie nach dem Tod ihrer Mutter wieder in die Sowjetunion zurückkehren würde, denn die deutsche Mentalität blieb ihr immer fremd. Bis 1964 hatte sie sogar ihren sowjetischen Pass behalten. Als Hedwig Remmele 1984 starb,

hatte Ruth selbst bereits vier Kinder. Eine Ausreise in die Sowjetunion kam deshalb nicht mehr in Frage.

Konrad Rayß wurde 1946 in Dolinka, dem Zentrum des Karagandinsker Arbeitslagers, in Kasachstan geboren. Seine Mutter, Lotte Strub, war 1934 in die Sowjetunion geflohen, 1938 vom NKWD festgenommen und zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Als Konrad vier Monate alt war, wurden er und seine Mutter aus dem Lager entlassen und in Kasachstan „auf ewige Verbannung" angesiedelt. 1954 durften sie schließlich in die DDR ausreisen. Nach ihrer Ankunft waren sie jedoch völlig auf sich gestellt und das Erlernen der deutschen Sprache fiel Konrad sehr schwer. Die Mutter war dennoch überzeugt, dass die DDR das bessere Deutschland sei. So trat auch Konrad in die SED ein. Seine Begeisterung für den Sozialismus behielt er, bis er Anfang der 1970er-Jahre beim Studium in Sofia mit vielen Ausländern in Kontakt kam, durch die sich seine politische Einstellung wandelte.

Die spannenden, ähnlichen, aber doch sehr unterschiedlichen Lebensberichte machten deutlich, dass die Ankunft in der DDR für die meisten mit großen Schwierigkeiten verbunden war, weil sie die Sprache lernen mussten, sich als Fremde fühlten oder so wahrgenommen wurden. Doch als Kinder von Verfolgten, Exilanten und Verbannten hatten sie gelernt, sich anzupassen und zu überleben. Die Eltern wünschten sich für sie ein besseres Leben in der DDR, an deren Versprechen von Frieden, Solidarität und Antifaschismus sie glaubten. Auch wenn die Söhne und Töchter andere Erfahrungen machen mussten, wurde die DDR zu ihrer neuen Heimat, auch weil es oft keine Alternative gab. ■

Teresa Tammer ist Doktorandin am Historischen Seminar der Universität Münster (Westfälische Wilhelms-Universität) und hat die Veranstaltung „Der 8. Mai im Exil – und danach? Zeitzeugen erinnern sich an ihre Ankunft in der SBZ/DDR" organisatorisch betreut.

Neue Möglichkeiten zur Mitgliederwerbung

Die Karten sollen durch schlichte Symbole und auffällige Farben Lust darauf machen, sich mit den Themen und Angeboten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. näher zu beschäftigen. Die Texte sind kurz und in verständlicher Sprache verfasst. Sie eignen sich gut zum Auslegen bei Veranstaltungen, passen in einen Standard-Briefumschlag und haben ein einheitliches Grunddesign, um zu zeigen, wie vielfältig der Verein aufgestellt ist. ■

Mehr als 2.000 Mitglieder stützen die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Eine Zahl, die beeindruckt und vieles möglich macht. Die zahlreichen Veranstaltungen und Projekte des Vereins können sich sehen lassen. Damit sollten wir werben, um noch mehr Menschen aller Altersgruppen zu erreichen. Die Geschäftsstelle in Berlin hat die Bereiche Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert, um neue Formen der Ansprache für potenzielle Neumitglieder oder Spender zu finden. So ist es seit Kurzem möglich, über ein Internetformular online Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zu werden oder zu spenden (Dieser einfache digitale Zugang wird gut angenommen.

Dennoch bleibt es für viele Menschen wichtig, „etwas in der Hand zu halten". Dafür gibt es jetzt endlich neue Flyer. In Zusammenarbeit mit dem Berliner Grafikbüro Willius sind fünf Klappkarten entstanden, die den Verein selbst und die regionale Arbeit, aber auch folgende Projekte vorstellen:

- **Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft**
- **Online-Beratung gegen Rechtsextremismus**
- **Mach den Unterschied**
- **Argumentationstraining gegen rechte Parolen**

Alle fünf Flyer stehen als Download auf der Internetseite zur Verfügung und können bei Interesse kostenlos über die Geschäftsstelle bestellt werden:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Stauffenbergstr. 13–14
10785 Berlin
Tel.: +49 30 263978-3
info@gegen-vergessen.de

Jean Franc Noël

Jugend und Schule in der DDR

Ein Zeitzeugengespräch mit Linda Bunckenburg am Tannenbusch-Gymnasium in Bonn im Rahmen des Projektes „DDR-Geschichte im Westen“

„Wir wurden am nächsten Tag von der Stasi befragt.“ – Linda Bunckenburg berichtete uns Schülerinnen und Schülern des Geschichtskurses am 2. März 2015 von ihrer Jugend in der ehemaligen DDR. Sie war beim Mauerfall 13 Jahre alt. Nach ihren Worten war ihre Kindergartenzeit relativ unspektakulär. Ihre Mutter arbeitete als Russisch-Lehrerin an einer Schule. Sie hatte sogar Zugang zum sogenannten Giftschrank, einer Bibliothek mit nicht allgemein zugänglichen Büchern, die nicht der Ideologie der SED entsprachen. Der Alltag in der DDR war von wenigen Autos geprägt, man konnte als Kind auf der Straße spielen. Großveranstaltungen waren zum Beispiel die Demonstrationen am 1. Mai, sie sollten die Einigkeit des Volkes zeigen. „Aus allen Fenstern hing eine rote Fahne oder die DDR-Flagge“, erzählte die Zeitzeugin.

1984 wurde Linda Bunckenburg eingeschult. Ihre Schule in der DDR war eine Ganztagsschule, in der die jüngeren Schüler nach dem Mittagessen Mittagsschlaf machten. Der Kontakt zwischen Lehrern und Schülern war sehr eng. Die Lehrer machten bei allen Schülern auch Hausbesuche. Es gab fast jedes Jahr eine Klassenfahrt, um den Gemeinschaftsgeist zu stärken. Jede Klasse bildete eine Pioniergruppe, wobei die Pionierorganisation an der SED orientiert war. Für Pioniere war es Pflicht, bei der Zeugnisausgabe das blaue, später, ab der 4. Klasse, das rote Halstuch zu tragen. Zweimal im Jahr wurden „Altstoffe“ gesammelt, der Erlös wurde gespendet.

Der Staat mit seiner Ideologie nahm Einfluss auf die gesamte Schullaufbahn, z. B. gab es eine starke Militärverherrlichung in den Schulbüchern. Die Nationale Volksarmee war nach Darstellung der SED nur zur Friedenssicherung da. Es gab Fahnenappelle und den Pioniergruß „Seid bereit“ – „immer bereit“ sowie Trainings bei Mitgliedern der Nationalen Volksarmee. Die Schüler wurden vom Beginn ihrer Schullaufbahn an durch die regierende Partei, die SED, indoktriniert. Protest durfte es nicht geben. Linda Bunckenburg erinnerte sich daran, wie sie „niedergemacht“ wurde, weil sie die katastrophale Situation in Moskau angesprochen hatte.

Foto: Sabine Günther

Die Zeitzeugin Linda Bunckenburg (r.), aufgewachsen in der Nähe von Berlin und Mitautorin des Buches „Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen.“, im Gespräch mit Schülern des Tannenbusch-Gymnasiums Bonn über ihre Kindheit und Jugend in der DDR.

Die Studienplätze waren sehr begrenzt, und um Karriere machen zu können, musste man in der Regel Mitglied der SED sein. Eine Kündigung war das Ende der beruflichen Karriere, wobei es für viele ohnehin kaum Aufstiegschancen gab. Im Jahr 1988 ließ sich Linda Bunckenburgs Mutter, die mit diesem System nicht mehr zurechtkam, immer häufiger krankschreiben, da eine Kündigung nicht infrage kam: „Ich will nicht auf dem Friedhof die Blätter zusammenfegen!“, habe sie gesagt. In der DDR gab es nach außen hin keine Arbeitslosigkeit. Hatte man keine Arbeit, so wurde man zu einer Arbeit verpflichtet. Nachdem ihr Onkel aus der DDR geflohen war, wurde auch Linda Bunckenburgs Familie von der Stasi befragt. Es passte nicht zur Ideologie eines Arbeiter- und Bauernstaates, dass seine Bürger flohen.

Linda Bunckenburgs Bericht von ihrer Kindheit in einem Staat, der seine Bürger im Namen des Sozialismus eingesperrt und indoktriniert hat, war für alle sehr eindrucksvoll. ■

Das Zeitzeugengespräch fand im Rahmen des Projektes **„DDR-Geschichte im Westen“** statt, das Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. 2015 und 2016 mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchführt. Der Verein stellt alltagsnahe Veranstaltungsformate zur Verfügung, die zielgruppenorientiert verschiedene Interessen und Bedürfnisse bedienen. Die Berliner Geschäftsstelle hat einen kostenfreien Veranstaltungs- und Referentenpool angelegt und unterstützt alle interessierten Regionalen Arbeitsgruppen und Mitglieder in Westdeutschland bei der Wahl und Durchführung der Veranstaltungen. *Informationen und Unterlagen zum Projekt erhalten Sie in der Berliner Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Ansprechpartnerin ist Ruth Wunnicke: wunnicke@gegen-vergessen.de.*

Jean Franc Noël ist Schüler der 12. Klasse am Tannenbusch-Gymnasium in Bonn.

RAG Münsterland

Thomas Deibert und Birgit Seggewiß

Gedenkstein für den ehemaligen jüdischen Friedhof

Erinnerungskulturelles Schülerprojekt am Gymnasium Paulinum in Münster

Im Rahmenprogamm der Ausstellung „Naziterror gegen Jugendliche", die bis zum 27. März 2015 in der Katholischen Akademie Freiburg gezeigt wurde, stellte die Filmvorführung von Douglas Wolfspergers „Wiedersehen mit Brundibar" einen Höhepunkt dar, zumal an diesem Abend Inge Auerbacher, die das KZ Theresienstadt überlebte, persönlich anwesend war. Inge Auerbacher hatte an zwei Tagen vor fast 200 Schülern aus ihrem Leben berichtet.

Bei der Suche nach jüdischen Spuren in unserer Stadt stieß der Kunstkurs der Klasse 11 im vergangenen Schuljahr auf den weitgehend in Vergessenheit geratenen mittelalterlichen jüdischen Friedhof in Münster. Neuere Forschungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten ergeben, dass sich der einstige Friedhof in der Umgebung des heutigen Gymnasium Paulinum befand. Lediglich ein einziger Grabstein von 1324 ist erhalten. Er wird heute in der Synagoge Münsters aufbewahrt.

Jüdisches Leben in Münster ist bereits seit dem 12. Jahrhundert belegt; die Jüdische Gemeinde der Stadt war eine der ersten in Westfalen. Als zwischen 1348 und 1351 die Pest in Europa wütete, suchten allerdings auch die Münsteraner die Verantwortung bei den Juden. Der jüdische Friedhof wurde während eines Pestpogroms 1350 geschändet und zerstört, die Grabsteine abgeräumt und anderweitig verbaut. Die Jüdische Gemeinde Münsters hörte für Jahrhunderte auf zu existieren.

In einer Projektgruppe der Fachbereiche Geschichte und Kunst vertieften wir die Beschäftigung mit dem Thema innerhalb und außerhalb des Unterrichts. Im Fach Geschichte wurden Quellen und Dokumente der Stadtgeschichte befragt; im Kunstunterricht wurden Formen künstlerischer Auseinandersetzung mit dem Thema diskutiert und konkretisiert. Fächerübergreifend wurde im Religionsunterricht neben den vorgesehenen Inhalten zum jüdischen Leben, zur jüdischen Religion und Symbolik sowie zur christlich-jüdischen Erinnerungskultur nun auch der ehemalige jüdische Friedhof Gegenstand einer intensiven Auseinandersetzung.

Foto: Jutta Lohaus

Der Gedenkstein auf dem Schulgelände, den die Projektgruppe entworfen und aufgestellt hat.

Nach jüdischer Lehre ist ein Friedhof ein „Haus der Ewigkeit". Unserer Projektgruppe war es vor diesem Hintergrund ein Anliegen, der Erinnerung an diesen Ort angemessenen Ausdruck zu verleihen. In enger Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde Münsters entwarfen die Schüler einen Gedenkstein, der gleichsam Erinnerungsort und Mahnung sein sollte. Bestehend aus versetzten Ebenen, Symbolen für die Schichten der Vergangenheit, soll der Gedenkstein die Erinnerung an den frühen Ort jüdischen Lebens in Münster und an die Zerstörung desselben durch das Pogrom erneuern und aufrechterhalten. Die Inschrift „… MEINES BRUDERS HÜTER?" (Gen 4,9), die der Gedenkstein in hebräischer und deutscher Sprache trägt, wurde zusammen mit der Jüdischen Gemeinde gewählt. Er erinnert an Kains vergeblichen Versuch, Gott über den Verbleib seines Bruders Abel zu täuschen und sich der Verantwortung für den Brudermord zu entziehen. Mit der Erinnerung an diese biblische Episode ist ein Appell an die heutige und an zukünftige Schülergenerationen verbunden: „Ja, wir sollen – wir müssen! – die Hüter unserer Schwestern und Brüder sein!" Die Betonung wechselseitiger Verantwortlichkeit hat für uns gerade auch heute vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen eine zunehmende Bedeutung.

Um ein schulübergreifendes Bewusstsein für den ehemaligen jüdischen Friedhof und eine breite gesellschaftliche Unterstützung für unser Vorhaben herzustellen, wandten sich die Schüler der Projektgruppe gemeinsam mit der Schülervertretung unserer Schule an den Oberbürgermeister von Münster, an Vertreter der Kirchen, an die städtischen Institutionen zur politisch-historischen Bildung, an die Regionalgruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und an die Schulgemeinschaft. Von allen Seiten wurde uns eine beeindruckende Unterstützung zuteil. Auch dank dieser breiten Unterstützung konnte der Gedenkstein schließlich am 29. April 2015 in einem Festakt der (Schul-) Öffentlichkeit vorgestellt werden. »

» Als internationale Schule mit Schülerinnen und Schülern ganz unterschiedlicher kultureller Herkunft und verschiedener Religionen ist es uns besonders wichtig, aktiv einzutreten für Toleranz, Akzeptanz und wechselseitige Wertschätzung.

Wir tragen die Verantwortung für einen bewussten Umgang mit unserer Geschichte: Der Gedenkstein auf dem Schulhof soll die Erinnerung an frühes jüdisches Leben in Münster aufrechterhalten, des Pogroms und der Vernichtung der mittelalterlichen Jüdischen Gemeinde gedenken und unser Zeichen gegen das Vergessen sein. ■

Foto: Jutta Lohaus

Schülerinnen und Schüler der Projektgruppe (v.l.n.r.): Marc Hörr, Nefeli Kurt, Julius Habbel (Schülersprecher), Tahnee Dimmek, Lauritz Hahn, Cansel Gülyaprak.

Thomas Deibert und Birgit Seggewiß sind Lehrer am Paulinum und betreuen die gemeinsame Projektgruppe der Fachbereiche Kunst und Geschichte.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Nadine Dürr

Die Schule war das Lager

Tailfingen: Angehörige von KZ-Häftlingen aus Israel, Australien, den Niederlanden und Österreich besuchen die Gedenkstätte.

Aus Israel, Australien, den Niederlanden und Österreich reisten sie an, um am 27. und am 28. Juni die Veranstaltungen zum fünfjährigen Bestehen der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen zu besuchen. Für manch einen der Angehörigen bedeutete die Reise nicht nur eine Konfrontation mit dem Schicksal der eigenen Verwandten, sondern auch eine persönliche Zäsur.

Auf vielen Kontinenten war Maurice Spicer bereits unterwegs. Um Deutschland jedoch machte der Sohn des ehemaligen KZ-Häftlings Jack Spicer stets einen großen Bogen. „Es war für mich sehr schwer, hierher zu kommen", gesteht der Australier. „Meinem Vater war klar, dass er den Deutschen und Polen niemals vergeben konnte." Der Sohn jedoch wagte nun den Schritt ins „Land der Täter" und fragte vorsichtig nach, ob die Menschen hier den Antisemitismus der NS-Zeit inzwischen abgelegt hätten. Er selbst habe in Melbourne eine schöne Kindheit erlebt. „Es gab keine Wolke, die wegen des Holocausts über unserem Familienleben hing – weil mein Vater es nicht zuließ", berichtet Spicer. Nun mit der Vergangenheit des Vaters konfrontiert zu werden, berührt den 53-Jährigen sichtlich: „Ich versuche gerade, mit all dem fertigzuwerden. Eben habe ich erfahren, dass auch mein Onkel auf dem Tailfinger Friedhof begraben liegt. Das wusste selbst mein Vater nicht."

Auch der in Rotterdam aufgewachsene Leo A. de Wolf bekennt: „Am Ende des Krieges habe ich die Deutschen so gehasst. Ich dachte, dass die deutsche Sprache verboten werden müsste." Seine ganze Familie hat der heute 79-Jährige im Holocaust verloren. „Ich habe mich immer gewundert: Wie ist das möglich, dass nur ich überlebt habe? Und noch heute ist es so, wenn ich ein Problem habe, dass ich mir dann sage: Was meckerst du, du lebst doch!" Inzwischen lebt der Neffe Benjamin de Wolf „mit so viel Freude" in der Nähe von Oldenburg. Er besuchte am Wochenende ohne Gram die Feierlichkeiten in der Gedenkstätte: „Ich bin begeistert, dass es hier Menschen gibt, die sagen: ‚Das darf man nicht vergessen.' Jeder hier ist so freundlich und mir tut das wirklich gut."

Sehr hart war das Leben nach der Befreiung auch für Morris Pelcman. „Wir waren sehr arm am Anfang. Mein Vater war ja

Foto: Gerhard Bäuerle

Am Mahnmal: Steven Pelcman (Karlsruhe) am Mikrofon. Sitzend (v.l.): Oliver Schlamp (Hailfingen), Fredy Kahn, Oberbürgermeister Stephan Neher (Rottenburg), Mordechai Ciechanower (Israel), Harald Roth (Herrenberg).

nicht zur Schule gegangen, seine Schule war das Lager", erzählt Steven Pelcman, Sohn des 2009 verstorbenen Hailfinger Häftlings. In der Familie sei der Holocaust als ein Geheimnis behandelt worden, das sich jedoch immer wieder Bahn brach: Die Mutter plagten Albträume, der Vater – an Alzheimer erkrankt – verwechselte seinen Sohn einmal mit einem Nazi. „Man kann weglaufen vor seinen Erfahrungen, aber nicht sehr weit", sagt Pelcman. Dennoch habe der Vater seinen Peinigern „in vielerlei Hinsicht vergeben".

Den dunklen Schatten, den die Shoah über ganze Generationen wirft, hat auch Claudia Gollan – Stiefnichte des einzigen württembergischen KZ-Häftlings, Otto Norbert Julius Tugendhat – wahrgenommen. „Die Traumatisierung der Eltern prägt das ganze Leben der Kinder bis hin zur Berufswahl", sagt die 59-jährige Münchnerin. „Ich selbst bin Psychotherapeutin und darin spiegelt sich sicherlich auch die eigene Suche."

Denselben beruflichen Weg hat Maya Mosler, Nichte von Günther Heidemann, eingeschlagen. Auch sie verlor viele Familienmitglieder im Holocaust. Die Frankfurterin erzählte, dass sie gerne mehr erfahren hätte, doch in der Familie sei nicht viel darüber gesprochen worden. Es kreisten auch falsche Informationen: „Wir dachten immer, Günther ist in Natzweiler umgekommen, was nicht stimmt. Und ich wusste bisher auch nicht, unter welchen Bedingungen er hier gelebt hat."

Hans van Straten hingegen betont die Bedeutung des Lebens im Hier und Jetzt. „Man kann in der Vergangenheit leben, aber das bringt keine Zukunft. Man muss lernen von der Vergangenheit, aber man lebt im Jetzt", sagt der Holländer aus Hilversum. Um aus der Geschichte zu lernen, hatte er seine beiden Töchter, elf und 13 Jahre alt, mit nach Tailfingen gebracht. Sie sollten wissen, was mit dem Großvater geschehen ist: „Levie van Straten war kein Jude. Er wurde deportiert, weil er Juden versteckt hat."

Foto: Johannes Kuhn

Die Söhne von Jehuda Schwarzbaum, Ron (r.) und Michael (l.)

Bereits zum dritten Mal war Norman Rosenberg, Enkel von Hermann Rosenberg, Gast in der Gedenkstätte. „Ich habe mir vorgenommen, jedes Jahr mindestens einmal herzukommen", sagt er.

Zum ersten Mal besuchte den Erinnerungsort Regina Philip, die Enkelin von Arie Philip. Sie ist froh, die letzte Ruhestätte ihres Großvaters, der einst im Massengrab verscharrt wurde, nun besuchen zu können. Auch in ihrer Familie herrschte in weiten Teilen Schweigen. „Für meinen Vater, der in drei oder vier Lagern war, war es sehr schwierig, über den Krieg zu sprechen. Und ich wollte seine Wunden nicht aufreißen", erzählt die 59-Jährige aus dem niederländischen Krimpen aan den IJssel.

Im Hause Schwarzbaum hingegen gab der Vater seinen Söhnen, als sie ein gewisses Alter erreicht hatten, bereitwillig Auskunft über seine Zeit in den KZs Auschwitz, Stutthof und Hailfingen. Auch hatte Jehuda Schwarzbaum regelmäßig Kontakt zum ehemaligen Hailfinger Häftling Eric Breuer, mit dem ihn ein freundschaftliches Verhältnis verband: „Mein Vater war dankbar, dass Breuer ihm mal ein Stück Brot gab. Einer hat dem anderen geholfen. Und das verbindet", sagt Ron Schwarzbaum. Dass er sich ausgerechnet in Wien niederließ, sorgte bei einigen Freunden für Verwunderung. „Wie kannst du nach allem, was du erlebt hast, in Wien leben?" An diese Frage erinnert sich Michael Schwarzbaum. „Mein Vater konnte nicht darauf antworten. Aber er glaubte nicht an eine kollektive Verurteilung. Und danach hat er auch gelebt."

Obwohl er mittlerweile das 91. Lebensjahr erreicht hat, ließ es sich auch Mordechai Ciechanower nicht nehmen, aus Israel anzureisen. Ob es sich nun um den vierten oder fünften Besuch handelt – da ist er sich nicht mehr so sicher. Ein Ziel jedoch steht dem KZ-Überlebenden nach wie vor deutlich vor Augen: „Man muss geden- »

Dieser Artikel erschien am 30. Juni 2015 im **Gäuboten**. Wir danken der Zeitung und der Autorin für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

» ken und die Vergangenheit nicht vergessen. Solange ich lebe, möchte ich meine Geschichte wiedergeben. Die Menschen sollen das wissen." Er greift sich an die Ohren: „Wenn man Menschen zuhört mit drei Ohren, kann man verstehen." So werde friedliches Miteinander möglich.

Angereist war Ciechanower in Begleitung Amir Haskels. Seit dieser die Air Force verlassen hat, recherchiert der israelische Brigadegeneral a. D. zum Holocaust. In seinem jüngsten Buch „Gewöhnliche Helden" untersuchte er die Frage, wie sich die „Gerechten unter den Völkern" – insbesondere die 525 Vertreter aus Deutschland – von Mitläufern in der NS-Zeit unterschieden und weshalb sie auch unter Einsatz ihres Lebens jüdischen Mitbürgern halfen. „Ich habe zwei wesentliche Faktoren herausgefunden", erzählt Haskel. „Bildung und die Bekanntschaft mit vielen verschiedenen Menschen." Der Verein Gegen Vergessen – für Demokratie will das Buch nun ins Deutsche übersetzen. ■

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Ernst Klein

Gemeinsam aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen

Polnische und deutsche Schülerinnen und Schüler auf den Spuren des Holocaust in Nordhessen.

Am 1. Juni 1942 wurden aus dem Regierungsbezirk Kassel 508 jüdische Frauen, Männer und Kinder vom Kasseler Hauptbahnhof nach Lublin im von der deutschen Wehrmacht besetzten Polen deportiert. Hier wurden 98 Männer im Alter zwischen 15 und 50 Jahren gewaltsam aus dem Zug geholt und zur Zwangsarbeit in das Konzentrationslager Majdanek getrieben. Fast alle starben dort bereits innerhalb weniger Wochen. Die Frauen, Kinder und die nicht als arbeitsfähig angesehenen Männer wurden in das von den Nationalsozialisten errichtete Vernichtungslager Sobibor weitertransportiert und dort am 3. Juni 1942 ermordet.

Im Jahr 2003 haben wir gemeinsam mit mehreren Initiativ-Gruppen begonnen, auf dem Gelände der Gedenkstätte Sobibor eine „Gedenkallee" aufzubauen und mit kleinen, auf Findlingssteinen angebrachten Gedenktafeln an die Ermordeten zu erinnern. Schon in den ersten Jahren wurden auch zahlreiche Steine für Opfer aus Volkmarsen, Vöhl, Kassel und anderen nordhessischen Orten aufgestellt.

Im Zusammenhang mit verschiedenen Gedenkveranstaltungen in Sobibor hat sich auf Anregung des Kasseler „Bildungswerks Stanisław Hantz" eine gute Zusammenarbeit mit dem „Gimnazjum Nr. 2" in der ostpolnischen Stadt Włodawa entwickelt. Schülerinnen und Schüler aus Włodawa wollen nun die Lebenswege einiger Holocaust-Opfer erforschen und das Ergebnis später der Gedenkstätte Sobibor zur Verfügung stellen.

Foto: Ernst Klein

An der Gedenkmauer am jüdischen Friedhof in Volkmarsen.

Unser Vorschlag, die Spurensuche gemeinsam mit einheimischen Jugendlichen dort zu beginnen, wo die Ermordeten geboren wurden und gelebt haben, wurde von der polnischen Schule und auch von der Kugelsburgschule in Volkmarsen gern aufgenommen. Nach entsprechender Vorbereitung und Sicherstellung der Finanzierung traten am 27. Mai 2015 zehn Schüle-

Foto: Ernst Klein

Am „Polenkreuz" in Herzhausen, an dem eine Gedenktafel an die hier 1942 öffentlich hingerichteten polnischen Zwangsarbeiter erinnert.

rinnen aus Włodawa mit ihren Lehrerinnen die lange Reise nach Nordhessen an. Die Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren hatten einen von ihrer Schule ausgeschriebenen Geschichtswettbewerb gewonnen und dafür die Genehmigung für die Reise nach Deutschland bekommen.

In der Volkmarser „Kugelsburgschule" hatten sich zehn gleichaltrige Schülerinnen und Schüler freiwillig gemeldet, um gemeinsam mit den polnischen Gästen zu arbeiten. Am Morgen nach dem Anreisetag stand zunächst das Kennenlernen im Volkmarser Dokumentations- und Informationszentrum zur deutsch-jüdischen Regionalgeschichte auf dem Programm. Danach begann die Spurensuche zum Schicksal von drei in Volkmarsen geborenen jüdischen Mädchen und einer älteren Dame, die im Vernichtungslager Sobibor ermordet wurden. Anhand der von mir schon vorher zur Verfügung gestellten Kurzbiografien konnten sich beide Schülergruppen gut vorbereiten. Diese Kenntnisse wurden an verschiedenen Stationen in der Volkmarser Geschichtswerkstatt vertieft.

Die Arbeit unserer Dolmetscherin wurde während der Projekttage hervorragend unterstützt durch die Volkmarser Schüler Nicola, die ihre Kindheit in Polen verbracht hat und dadurch sofort angeregte Gespräche mit den gleichaltrigen Gästen führen konnte.

Geschichte wird begreifbar

In der Volkmarser Geschichtswerkstatt erfuhren die Jugendlichen durch Dokumente, Fotos und Landkarten die Geschichte der Deportationen von Deutschland nach Sobibor. Mit großem Interesse beschäftigten sie sich mit den Lebensläufen der Menschen, die hier geboren und in Sobibor ermordet worden waren. Die Schilderungen des kurzen Lebens von Lieselotte Michel und Inge Lichtenstein, die beide 1939 schon mit einem Kindertransport nach Holland entkommen waren und später doch im Alter von 16 bzw. 12 Jahren in den Tod getrieben wurden, regte die Gruppe nach kurzer Sprachlosigkeit zu vielen tiefgehenden Fragen an. Hier und beim anschließenden Gang durch die Stadt zum früheren jüdischen Schulhaus, den Wohnhäusern der Holocaust-Opfer und zur Gedenkmauer am jüdischen Friedhof mit den Gedenktafeln für die Ermordeten wurde für alle deutlich: „Nicht 170.000 Menschen wurden in Sobibor ermordet, ein Mensch wurde ermordet, und das ist allein hier 170.000 Mal geschehen."

Auf dem weiteren Rundgang durch die Stadt erinnerte ein Blick auf ein kleines Haus an das Schicksal von Rosa Rosenstock, dann stieg die Gruppe tief hinab in einen mittelalterlichen Gewölbekeller. Hier wurde erst vor Kurzem nach langer Forschungsarbeit eine vollständig erhalten gebliebene spätmittelalterliche Schachtmikwe wiederentdeckt und freigelegt. Dieser einzigartige Fund – ein jüdisches Ritualbad aus dem 16. Jahrhundert – belegt, dass in Volkmarsen schon vor mindestens 500 Jahren eine kleine jüdische Gemeinde bestand. Nach einem fröhlichen Zwischenstopp in der Eisdiele folgte ein bisschen „Sightseeing" in der historischen Altstadt. Die polnischen Jugendlichen bestaunten die alten Fachwerkhäuser. So etwas hatten sie bisher noch nicht gesehen. Der nächste Programmpunkt war der Besuch in der Kugelsburgschule.

Beide Schülergruppen hatten sich gut vorbereitet: Zunächst stellten die Polinnen mit einer perfekt gestalteten PowerPoint-Präsentation ihre Heimatstadt vor. Die Volkmarser deckten für alle Beteiligten eine liebevoll dekorierte Tafel, das Mittagessen wurde von einer Realschulklasse unter Anleitung ihrer Lehrerin zubereitet und serviert. Anschließend führte Nicola die Gäste durch ihre Schule, danach wurden die Spurensuche und viele freundschaftliche Gespräche fortgesetzt.

Am nächsten Tag ging die Reise in die Gemeinde Vöhl am Edersee, in der früher zahlreiche jüdische Familien zu Hause waren. Karl-Heinz Stadtler vom „Förderkreis Synagoge in Vöhl" empfing die Gäste. Auch eine Schülergruppe aus dem Nachbarort Herzhausen nahm an dem Treffen teil. Nach Besichtigung der restaurierten Dorfsynagoge führte der Weg zum Haus, in dem Günter Sternberg aufwuchs, der im Alter von neun Jahren ermordet wurde. Weiter ging es zum jüdischen Friedhof. In ganz besonderer Erinnerung wird den Jugendlichen aus Polen und ihren Lehrerinnen wohl der kleine Ausflug in den Wald bei Herzhausen bleiben: Hier »

„Von Volkmarsen nach Sobibor" Auf den Spuren nationalsozialistischer Verfolgung in Nordhessen. Arbeitskreis Rückblende gegen das Vergessen e. V., 2015.

Quelle: https://youtu.be/Lkxvfcy3qi0

» steht das sogenannte „Polenkreuz“ mit einer Gedenktafel zur Erinnerung an sechs junge polnische Zwangsarbeiter, die an dieser Stelle im Dezember 1942 als Terror-Maßnahme der Gestapo öffentlich hingerichtet wurden.

Am Samstagmorgen trafen wir uns am „Gleis 13“ des alten Kasseler Hauptbahnhofs. Hier am Ausgangspunkt der Deportationen aus Kassel konnte ich gemeinsam mit dem aus Polen stammenden katholischen Pfarrer Marek Prus noch einmal die Geschehnisse aus den Jahren 1941 und 1942 verdeutlichen. Nach so vielen bedrückenden Erfahrungen der letzten Tage war es für uns alle wichtig, den letzten Nachmittag vor der Abreise mit einer „Shopping-Tour“ in Kassel und einem gemeinsamen Abendessen ausklingen zu lassen.

Am Abend hielten wir Rückschau, alle polnischen Schülerinnen sprachen nochmal in deutscher, englischer und polnischer Sprache über ihre Eindrücke, die am Ende mit herzlichem Dank wie folgt zusammengefasst wurden: „Auch wenn wir kein leichtes Thema für die Reise gewählt haben, wären wir gern länger geblieben.

Foto: Ernst Klein

Die Schülergruppe in der Volkmarser Geschichtswerkstatt begrüßt von MdB Thomas Viesehon (hinten rechts).

Wir möchten gern wiederkommen, um gemeinsam aus den Geschehnissen der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen und uns auf dem Weg des besseren gegenseitigen Kennenlernens Brücken zu bauen zur Verständigung und freundschaftlichen Zusammenarbeit.“

Das Filmteam Heidi Sieker und Herby Oppermann hat die Begegnungen mit der Kamera begleitet. Das Video ist auf Youtube unter den Suchbegriffen „Volkmarsen, Rückblende“ zu finden und auch auf der Homepage verlinkt.

Wir bedanken uns bei der Bethe-Stiftung, dem Landkreis Waldeck-Frankenberg, dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie und dem Netzwerk für Toleranz in Korbach für die Unterstützung bei der Finanzierung des Projekts. Den Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften der „Kugelsburgschule“ in Volkmarsen sowie dem Förderkreis Synagoge in Völ e. V. danken wir für die Einladung und herzliche Gastfreundschaft, dem Arbeitskreis Rückblende Gegen das Vergessen e. V. in Volkmarsen sowie dem Bildungswerk Stanisław Hantz e. V. in Kassel für die gelungene Kooperation. ■

Ernst Klein ist Sprecher der RAG Nordhessen-Südniedersachsen und gemeinsam mit Andreas Dickerboom Gesamtsprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Südhessen

Janosch Warda

Bildungsfahrt nach Nürnberg

Der hufeisenartige Ziegel- und Granitbau umgibt unsere Gruppe komplett. 40 Meter ist er hoch. Im Innenhof, wo einmal 50.000 Nazis unter einer riesigen Glaskuppel sitzen sollten, wachsen inzwischen Bäume, Sträucher und Gräser. Der Bau sollte beim Ende der Arbeiten 70 Meter hoch sein. Die Kongresshalle auf dem Reichsparteitagsgelände wurde nie fertiggestellt, da mitten in der Bauphase der deutsche Angriff auf Polen erfolgte und somit der Zweite Weltkrieg begann.

Die Bildungsfahrt der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen vom 12. und 13. Juni 2015 kam mir, ganz ehrlich gesagt, zeitlich etwas ungelegen. Erst zwei Tage zuvor hatte ich meine letzte Abiturprüfung gehabt und jeder Mensch hätte es verstanden, wenn ich mir danach erst mal etwas Ruhe gegönnt hätte. Doch ich war am besagten Freitagmorgen um acht Uhr in Darmstadt. Von dort aus fuhren wir nach Frankfurt und sammelten die restlichen Teilnehmer ein. Dann ging es mit 28 Teilnehmern aller Altersklassen nach Nürnberg. Ein weiteres Argument gegen die Teilnahme wäre gewesen, dass ich das Reichsparteitagsgelände und das Dokumentationszentrum durch einen vorherigen Schulbesuch schon kannte.

Im Nachhinein kann ich jedoch sagen, dass ich nichts bereue.

Das Reichsparteitagsgelände blieb nämlich auch beim zweiten Besuch eine einzigartige Erfahrung über die NS-Ideologie. In der Schule werden im Dritten Reich besonders die Machtergreifung und der Holocaust thematisiert. Warum und wie die NSDAP es schaffte, bei so vielen Menschen in Deutschland für Begeisterung zu sorgen und diese aufrechtzuerhalten, wird da aber eher am Rande erwähnt.
Getreu dem Motto „Faszination und Gewalt" will das Dokumentationszentrum den Spagat schaffen und neben den Gräueltaten der NSDAP auch zeigen, wie sich die Partei selbst gesehen hat und wie sie sich präsentieren wollte. Und was könnte das Selbstbild der Nazis mehr verdeutlichen als die größten noch existierenden Bauten aus dieser Zeit? Je länger dieser dunkelste Teil der deutschen Geschichte zurückliegt, umso weniger greifbar wird das Geschehene für die nachkommenden Generationen. Vor allem die aussterbende Zeitzeugengeneration wird in Zukunft leider keine Geschichten mehr erzählen können. Auch deshalb ist Nürnberg eine besondere Stadt für die Erinnerungskultur. Dort ist Geschichte wirklich greifbar, sprichwörtlich und wortwörtlich. Egal, ob es die unfertige Kongresshalle, die große Straße oder das Zeppelinfeld ist: Bis jetzt gab es nur einen Ort, der in mir das Bild von Hitlerdeutschland deutlicher machte, und das war Auschwitz.

Der zweite Tag beinhaltete mit dem „Memorium Nürnberger Prozesse" mehr neue Informationen für mich. Was mich am meisten beeindruckte, war, dass die Alliierten genug Gründe gehabt hätten, Dutzende, wenn nicht Hunderte Nazis nach dem Krieg einfach hinzurichten. Das taten sie aber nicht, sondern legten mit ihrem ersten internationalen Gericht den Grundstein für den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Dieser Gerechtigkeitssinn, dass man selbst den schlimmsten Verbrechern einen fairen Prozess bieten will, würde ich mir heutzutage auch öfter wünschen. Wenn man beispielsweise an die vielen Todesurteile in Ägypten denkt, wo Menschen für viel weniger verurteilt wurden und sterben mussten.
Nürnberg blieb also auch beim zweiten Besuch interessant und ich gehe davon aus, dass diese beiden Tage nicht ansatzweise dafür ausgereicht haben, alles historisch Sehenswerte in Nürnberg kennenzulernen. Einem dritten Besuch steht nichts im Weg. ■

Janosch Warda ist Abiturient der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Ober-Ramstadt.

Die Reisegruppe der RAG Südhessen vor dem Eingang zum Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg.

Foto: Privat

RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden

Ulrike Lucas

Kriegsverbrechen aufdecken – Kriegsdenkmal zudecken

Der Umgang mit einem Kriegsdenkmal von scheinbar „ehrbaren“ Wehrmachtssoldaten.

Mitten in einem öffentlichen Grünzug erregt ein wuchtiger Sarkophag aus Muschelkalk die Gemüter. Kein Denkmal für gefallene Soldaten im Ersten oder Zweiten Weltkrieg – nein, ein „Ehrenmal“ für Angehörige eines Truppenteils, der im Zweiten Weltkrieg maßgeblich an schweren Kriegsverbrechen in der Sowjetunion beteiligt war, erregt in Karlsruhe die Gemüter.

1936 wurde die 35. Infanteriedivision, also ein militärischer Großverband mit meist rund 15.000 Soldaten, im Zuge der nationalsozialistischen Re-Militarisierung in Karlsruhe aufgestellt. Die 35. Infanteriedivision, die 1941 unmittelbar vor Moskau stand, war nachweislich aktiv an Verbrechen im Zweiten Weltkrieg beteiligt. Die Soldaten erschossen Zivilisten, brandschatzten Dörfer und vergewaltigten Frauen. Die 35. Infanteriedivision war auch an der Ermordung von 9.000 arbeitsunfähigen Zivilisten des Konzentrationslagers Ozarichi im März 1944 beteiligt. Dieses war in einem Sumpfgebiet 150 Kilometer südöstlich von Minsk angelegt worden. Generalleutnant Johann-Georg Richert, Divisionskommandeur von Mai 1944 bis Mai 1945 wurde im Minsker Prozess 1946 deshalb zum Tode verurteilt.

Mit der Aufstellung des nur scheinbar der Formsprache von Kriegerdenkmälern nachempfundenen „Ehrenmals“ im Jahr 1964 ist das Denkmal der Stadt Karlsruhe vom „Kameradendienst der 35. Infanteriedivision e. V.“ übergeben worden. Es steht seitdem als einziges Denkmal für eine nationalsozialistische Wehrmachtseinheit in Karlsruhe; es stilisiert diesen Wehrmachtsteil zum Opfer. Bei der Einweihungsfeier erklärte der Vorsitzende des „Kameradendienstes“ Dr. Eberhard Knittel (1899–1989): „… zusammenfassend muss gesagt werden: Wir haben nicht den geringsten Anlass, […] uns unserer soldatischen Vergangenheit zu schämen“ und „in der Treue, in der Kameradschaft, in der Tapferkeit und in der vaterländischen Gesinnung geben die alten Soldaten ein Vorbild ab“. Geschichte wird umgedeutet: Die Kriegsverbrechen der 35. Infanteriedivision werden durch den Steinsarg verschwiegen und verborgen.

Der Sarkophag mit der Schild-Zweitausfertigung und dem Hinweis auf die Verhüllung und die Zerstörung des ersten Schildes.

Foto: Ulrike Lucas

Foto: Friedensbündnis Karlsruhe

Der verhüllte Sarkophag.

Ein offizielles, erklärendes Schild zum steinernen Bauwerk im Grünzug gab es seither nicht. Im November 2014 drehte sich ein Symposium des Karlsruher Stadtarchivs um Last und Chance der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Dabei ging es auch um dieses Kriegsdenkmal. Im Juli 2015 nun beschloss der Kulturausschuss des Karlsruher Gemeinderates, eine erklärende Erinnerungsstele zum Steinsarg aufzustellen.

Vorausgegangen war zum 70. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 die Verhüllung des Kriegsdenkmals; genehmigt und angemeldet bei der Stadtverwaltung. In einer Kunstaktion mit Musik gestalteten Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), des Friedensbündnisses Karlsruhe, der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und der Initiative für ein Friedensdenkmal in Karlsruhe das „Ehrenmal" um. Sie hüllten es in schwarzes Tuch, ergänzten es durch ein in die Erde gerammtes Erklärungsschild und umrahmten es mit symbolischen Erinnerungssteinen voller Ortsnamen nachgewiesener Kriegsverbrechen, um Erinnerungsarbeit zu leisten. Redner erläuterten die Geschichte des Steinsarges und gingen auf die verschwiegenen Kriegsverbrechen der 35. Infanteriedivision ein. Rund 75 Passanten und die begleitenden Polizisten erfuhren, wie sich der Umgang mit einem Kriegsdenkmal im öffentlichen Raum auch in Karlsruhe geändert hat, wie die steinerne Hülle mit ihrer doppelten Verneinung Raum für das Gedenken an die Opfer schafft – und Raum für die Vision einer friedlicheren Zukunft.

Nach wenigen Stunden war das Tuch allerdings verschwunden, das Erinnerungsschild samt Befestigung aus der Erde herausgezogen und entfernt; die Erinnerungssteine lagen verstreut. Deutlich kein dummer Jungen-Streich, vielmehr eine gezielte Aktion. Die vier Organisationen reagierten mit Empörung und einer Anzeige bei der Polizei wegen Diebstahl von Kunstgegenständen mit politischem Hintergrund. Und stellten eine ergänzte Replik des Erklärungsschildes erneut auf. Doch auch diese verschwand; Steine wurden entfernt.

Das Wissen um die Verbrechen dieser Wehrmachtsdivision, an die es kein positives Gedenken geben kann, lässt sich durch diese sinnlosen Taten nicht verleugnen; das geschichtliche Kapitel ist durch die beeindruckende Verhüllungsaktion sichtbar ins öffentliche Bewusstsein geholt worden. Die beschlossene offizielle Erinnerungsstele wird darüber hinaus künftig dazu beitragen, die notwendige Einordnung solcher steinernen Überreste eines wenig hinterfragten Umgangs der frühen Bundesrepublik mit dem „Soldatenmythos" vorzunehmen. ■

Ulrike Lucas ist Koordinatorin der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Internetformular, um bequem auch online Mitglied zu werden.

RAG Brandenburg stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 34 Regionale Arbeitsgruppen und Sektionen. An dieser Stelle möchten wir Regionale Arbeitsgruppen, Sektionen und die Gesichter, die dahinterstehen, vorstellen und dadurch einen kleinen Einblick in die Arbeit vor Ort vermitteln. In dieser Ausgabe gibt die Sprecherin Kerstin Lorenz Auskunft über die neugegründete RAG Brandenburg.

Foto: Privat

Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Kerstin Lorenz** 13. März 1981 Historikerin und Gedenkstättenpädagogin
Motto unserer Initiative:	Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. steht dafür, durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte den Wert der Demokratie für unsere Gesellschaft ins Bewusstsein zu rücken und zu stärken. In diesem Sinne wollen wir uns auch in Brandenburg mit guten Angeboten engagieren.
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:	Ich wurde vor vielen Jahren sehr herzlich von Priv.-Doz. Dr. Ernst Piper, Mitglied des Vorstandes, geworben.
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	Es ist wohl so, dass, wer sich engagiert, einfach nicht anders kann. Ich denke, es gibt in der Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart so viele bereichernde kluge Ideen und Projekte – die sollten ein Publikum finden und nachhaltig Eindruck hinterlassen dürfen.
Diese Themen interessieren mich besonders:	Die Zeitgeschichte und die Chancen, die sich aus ihrer Vermittlung ergeben – damit haben Sie mich sofort am Haken. Am liebsten denke ich an Projekte mit Kindern oder der Erwachsenenbildung.
Hier bin ich außerdem aktiv:	Als Mitarbeiterin der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam kann ich mein Engagement für eine geschichtsbewusste und demokratische Kultur in meinem Umfeld auch beruflich ausüben.
Die Idee zur RAG Brandenburg entstand als …	Wunsch vieler langjähriger Mitglieder aus Brandenburg wie Uta Leichsenring, Ulrike Poppe und Linda Teuteberg sowie Benno Fischer von der RAG Berlin. Ich war sofort begeistert von der Idee, den Verein weiter in die Fläche zu tragen, von der Brandenburg wahrlich viel hat.
Die RAG Brandenburg ist …	… eine Gruppe engagierter, gut vernetzter und herzlicher Mitstreiter.
Für die Arbeit in der RAG wünsche ich mir, …	… dass sie vielen Projekten, die ein mitmenschliches und respektvolles Zusammenleben in unserer Gesellschaft stärken wollen, ein guter Partner sein kann.
Und zu guter Letzt:	… geht es jetzt los!

Gerhard Harder

Das Begegnungsprojekt Marlin

Jugendliche aus der EU absolvieren eine Ausbildung im Wendland

„Mein Freund, die Zeiten der Vergangenheit sind uns ein Buch mit sieben Siegeln. Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln." (Goethe, Faust)

70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wächst die Gefahr, dass die europäische Idee unter die Räder kommt und mit ihr die zarte Pflanze der Herrschaft des Volkes, die Demokratie. Nie war deshalb „Gegen Vergessen – für Demokratie" so wertvoll wie heute!

Zusammenwachsen kann allerdings nur, was eine gemeinsame Basis hat. In der jüdischen Philosophie heißt es: „Erinnere dich!" In der abendländlich-christlichen Tradition heißt der Auftrag eher: „Erkenne dich selbst!" Können Geschichtsbewusstsein und Selbsterkenntnis als die Wurzeln der Basis gelten? Wie entsteht daraus praktischer Nutzen? Sind Begriffe wie Kultur, Mentalität, Religiosität hilfreich oder (ver-) störend? In der interkulturellen Pädagogik stellt der Begegnungsansatz ein probates Mittel dar, um durch persönliches Kennenlernen von Menschen unterschiedlicher Herkunft Verständnis, Empathie, Respekt und Solidarität zu erzeugen. Das war zum Beispiel die erfolgreiche Idee des Deutsch-französischen Jugendwerks. Damit Kennenlernen nicht bei touristischen, folkloristischen Oberflächlichkeiten stehenbleibt, müssen Zusammenhänge geschaffen werden, in denen gemeinsames Leben erprobt werden kann. Hier setzt die Idee des Tu Was e. V. an: In vielen europäischen Nachbarländern ist die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch. Zugleich besteht in vielen ländlichen Gebieten in Deutschland ein Bedarf an Nachwuchskräften. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg, bekannt als das Wendland, stehen zudem viele Bauernhöfe als sogenannte Resthöfe (meist große Wohngebäude mit Stallungen, Scheunen und etwas Gartenland oder Grünland) zum Verkauf – meist unter Wert. Der Tu Was e. V., seit über 30 Jahren als gemeinnützig anerkannt, holt in einem Modellprojekt Lehrlinge aus verschiedenen Staaten der EU für eine dreijährige Ausbildung ins Wendland. Hier erleben sie einen Resthof als Wohn-, besser noch als Lebensort. Zusammen mit weiteren Bewohnern bilden sie eine Hofgemeinschaft, die neben der Ausbildung in Berufsschule und Betrieb viele Möglichkeiten zu gemeinsamer Lebens- und Freizeitgestaltung bietet. In Marlin wird das Hofprojekt durch einen Reitbetrieb und eine kleine Landwirtschaft mit vom Aussterben bedrohten Haustierrassen ergänzt. In der täglichen Auseinandersetzung werden dabei schnell die kulturellen und persönlichen Unterschiede sichtbar. Diese zu verstehen und zu respektieren wird zu einer Dauerübung werden, mit der die Einsicht wächst, dass friedliches Zusammenleben ständiger Pflege bedarf. Ein reflektierter Umgang mit ideologischen Borniertheiten wie nationalistisch-chauvinistischen, sexistisch-rassistischen Überzeugungen ist hilfreich, um alte Muster aufzubrechen und zu neuen Einstellungen zu gelangen. Dem Erlernen der deutschen Sprache kommt eine besondere Bedeutung zu. Da die zukünftigen Auszubildenden in der Regel anfangs kaum Deutsch sprechen, absolvieren sie zunächst ein Berufsvorbereitungsjahr an den Berufsbildenden Schulen in Lüchow. Dazu gehören etwa zehn Wochenstunden Deutschunterricht. In gleichzeitig angebotenen Praktika bei ausbildungswilligen Betrieben kann die Neigung und Eignung für unterschiedliche Berufe erprobt werden. Durch die Auswahl der Teilnehmer aus verschiedenen Ländern ist auch am Wohnort und während der Freizeit nur eine Verständigung auf Deutsch möglich. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen ein Jahr darauf, bei Beginn der Berufsausbildung die notwendige Sprachkompetenz erreicht haben. Ausbildungsabbrüchen wird so vorgebeugt. ■

Foto: Privat

Jugendliche aus verschiedenen Staaten der EU kommen für eine Ausbildung ins Wendland – und bilden eine Hofgemeinschaft.

Näheres gibt es auf der Website www.hof-marlin.de, verbunden mit der Bitte um Weiterleitung an mögliche Interessenten und Institutionen.

Prof. Gerhard Harder ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Wendland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Edith Spielhagen

„Die Deutschen sind zurück“

Ein Dokumentarfilm über Versöhnungsarbeit und Spurensuche in Belarus

Eindrücklicher und nachhaltiger ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und die Versöhnung mit den Menschen, die noch heute an den Verbrechen der eigenen Vorfahren leiden, kaum möglich. Der Dokumentarfilm „Die Deutschen sind zurück“ von Sebastian Heinzel zeigt, wie sich eine Gruppe deutscher Jugendlicher aus Westfalen ins ferne Belarus aufmacht, um dort bei der Verbesserung der Lebensbedingungen alter Dorfbewohner mitzuwirken. Sie verbringen drei bis vier Wochen ihrer Sommerferien in einem belarussischen Dorf, fernab von ihren alltäglichen Lebensgewohnheiten. Der Film verfolgt, was da an interkultureller Wahrnehmung stattfindet, aber auch an interpersoneller Aktion innerhalb der Gruppe. Ungewohnt sind ja nicht nur die Lebensverhältnisse der alten und oft alleinlebenden Menschen – kein fließendes Wasser, ungeteerte Straßen, baufällige und teilweise seit Jahrzehnten nicht mehr renovierte Häuser. Auch die eigene Unterbringung ist eher spartanisch. Und dafür zahlen die Teilnehmer eines solchen Workcamps auch noch Geld. Nicht alle ihrer Freunde und Bekannten zu Hause verstehen das.

Die Vielfalt der gewonnenen Erfahrungen wiegt das wohl auf. Der Kontakt mit der den meisten Jugendlichen völlig fremden Kultur erschließt sich auf unterschiedliche Weise: In Begegnungen und Gesprächen mit den Alten im Dorf, in der gemeinsamen Arbeit mit belarussischen Jugendlichen, beim Besuch von Gedenk- und Kriegsgräberstätten, in Gesprächen mit Zeitzeugen und insbesondere über die mit der Renovierung der Häuser und Zäune zu bewältigenden Aufgaben.

Der Film begleitet die Jugendlichen im Sommer 2013. Die Workcamps finden aber bereits seit 1996 jeden Sommer statt. Sie sind der unverwüstlichen Initiative der evangelischen Gemeindepädagogin sowie Projekt- und Sozialmanagerin Ulrike Jaeger aus Bünde in Westfalen zu verdanken. Ohne ihre Ausdauer und ihre besondere Empathie im Umgang mit den Jugendlichen wäre eine solche Erfolgsgeschichte nicht möglich. Dank ihr sind die Deutschen zurück – dieses Mal mit Gesten der Versöhnung und Verständigung.

Foto: Evangelische Jugend Bünde-Ost

Jugendliche der Evangelischen Jugend Bünde-Ost fahren jeden Sommer nach Belarus, um dort bei der Verbesserung der Lebensbedingungen alter Dorfbewohner mitzuwirken.

Information:
Eine Produktion von Heinzelfilm unter maßgeblicher Mitwirkung von Ulrike Jaeger, Dr. Ludwig Brügmann und Dr. Helmut Frick.

Förderer:
Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Katholischer Fonds, Stiftung Meilenstein sowie viele Einzelspender.

Dieser Text wurde erstmals in den Belarus Perspektiven 02/14, Nr. 62, veröffentlicht: www.ibb-d.de/belarus_perspektiven.html. Wir bedanken uns bei der Autorin und der Redaktion sehr herzlich für die freundliche Bereitstellung. ■

Dr. Edith Spielhagen ist ehemalige Leiterin der Medienakademie Minsk. Seit 2008 ist sie freiberuflich tätig als Medienwissenschaftlerin, Publizistin und Osteuropaexpertin und Autorin für die Belarus Perspektiven.

NS-Dokumentationszentrum eröffnet in München

Fotos: Wikipedia, Mattes

Angelehnt an den Bauhaus-Stil: Der schlichte Kubus steht im bewussten Kontrast zur neoklassizistischen Prunkarchitektur der Nazis in der unmittelbaren Nachbarschaft des Dokumentationszentrums.

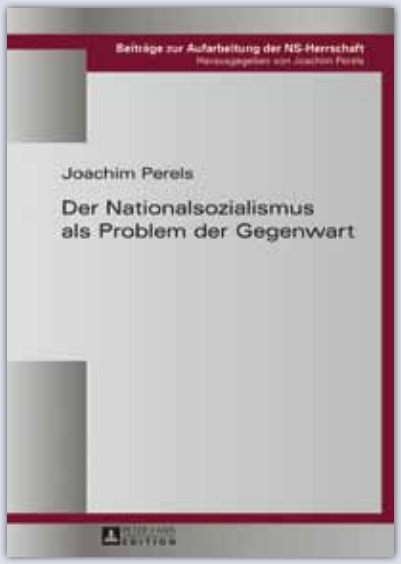
Nachdem viele Jahre um die Errichtung gekämpft und über die inhaltliche Ausrichtung des Zentrums diskutiert wurde, konnte am 30. April 2015 – genau 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in München – endlich das NS-Dokumentationszentrum eröffnet werden. Dr. Hans-Jochen Vogel, Alt-Oberbürgermeister von München und Gründungsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. war als Mitvorsitzender des Kuratoriums an der Planung beteiligt.

Das nüchtern gestaltete, kubusförmige Gebäude steht genau an der Stelle, an der sich bis 1945 das „Braune Haus", die Parteizentrale der NSDAP, befand. Mit großzügig gestalteten Sichtmöglichkeiten gibt es den Blick frei auf die Gebäude in der Umgebung des Münchner Königsplatzes, an dem sich über 50 NS-Organisationen angesiedelt hatten. So wird schon in der Architektur auf die zentrale Rolle Münchens im Nationalsozialismus eingegangen. Der Blick nach draußen, in die Gegenwart, ist auch das Leitmotiv der 1.000 Quadratmeter umfassenden Dauerausstellung, die sich über vier Stockwerke erstreckt und von der Rätezeit und dem Ersten Weltkrieg bis heute reicht.

Durch die Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen des Nationalsozialismus will das Zentrum ein kritisches historisches Bewusstsein wecken und den Besuchern so ermöglichen, sich demokratische Grundwerte besser zu vergegenwärtigen. So findet sich am Ende der Ausstellung ein „News-Ticker", auf dem tagesaktuell Gewalttaten und Aktionen von Neonazis dokumentiert sind. So versucht das Dokumentationszentrum zu vermitteln, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Das Zentrum als Lernort – so ist die Dauerausstellung konzipiert – zeigt in einem rund anderthalbstündigen Rundgang Filme, Fotografien und Dokumente. Hinzu kommen wechselnde Sonderausstellungen. ■

München und der Nationalsozialismus: Katalog des NS-Dokumentationszentrums München; C. H. Beck, München 2015, durchgesehene 2. Auflage, 624 Seiten, 38,00 €, ISBN 978-3-406-66701-5

■ Buchinformation:



Der Nationalsozialismus als Problem der Gegenwart
Das neu erschienene Buch von Joachim Perels, ehemaliger Professor für Politische Wissenschaft an der Leibniz-Universität Hannover und einer der Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., behandelt die Aufarbeitung der NS-Herrschaft nach 1945. In einer Sammlung von Aufsätzen widmet sich Perels den Fehlentwicklungen im Umgang mit der NS-Diktatur, etwa der Umdeutung des Dritten Reiches in einen De-facto-Rechtsstaat, der Entpolitisierung der beamteten Funktionseliten oder der Auflösung des Täterbegriffs für nationalsozialistische Massenverbrechen.

Joachim Perels
Der Nationalsozialismus als Problem der Gegenwart
(Beiträge zur Aufarbeitung der NS-Herrschaft Band 3)

Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main u. a. 2015
Gebundene Ausgabe, 293 Seiten
ISBN 978-3-631-62068-7 · 49,95 €

Nils Theinert

Zwei Reden des österreichischen Bundespräsidenten

Am 24. Oktober 2014 hielt der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer eine Rede anlässlich der Enthüllung des Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz. Darin ging Fischer differenziert und überlegt auf die schwierige Auseinandersetzung Österreichs mit seiner Rolle während der NS-Zeit ein. Er sagte unter anderem: „Das Wachsen der Einsicht in unsere Mitverantwortung für die Ereignisse zwischen dem März 1938 und dem April 1945, aber auch für unsere Pflichten gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus hat vielmehr Jahre und sogar Jahrzehnte gedauert." Dem noch lange nach dem Krieg anhaltenden Bild von Deserteuren als Verrätern, die ihre Kameraden im Stich gelassen hätten, stellte er das Widerstandsrecht gegenüber einer verbrecherischen Diktatur entgegen. Die Würdigung der Wehrmachtsdeserteure und Kriegsdienstverweigerer nannte er einen weiteren wichtigen Schritt in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Österreichs.

Foto: Peter Lechner/HBF

Rede des Bundespräsidenten Heinz Fischer anlässlich des Staatsaktes „70 Jahre Republiksgründung"

Eine weitere bemerkenswerte Rede hielt der österreichische Bundespräsident am 27. April 2015 anlässlich des Staatsaktes zum 70-jährigen Jubiläum der Ausrufung der zweiten österreichischen Republik am 27. April 1945. Damals fand, nur wenige Tage nach der Eroberung Wiens durch die Rote Armee, im Wiener Rathaus die konstituierende Sitzung einer provisorischen Regierung statt. In der dort verabschiedeten Proklamation wurde der Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland für nichtig erklärt und Österreich als selbstständiger Staat wiederhergestellt. Auch in dieser Rede hob Fischer die Konflikte um die Deutung der Rolle Österreichs während der NS-Diktatur hervor. Österreich habe lange gebraucht, so Fischer, sich der Wahrheit zu stellen, dass nicht alle Österreicherinnen und Österreicher Opfer, sondern viele auch Täter und Sympathisanten der Nazis gewesen seien. Fischer unterstrich in seiner Rede ebenfalls die enge Verbindung der Demokratie mit der unveräußerlichen Menschenwürde und unverletzbaren Individualität jedes einzelnen Menschen. Es gelte daher, diese Überzeugungen mit Leben zu füllen und auf eine faire Verteilung der Lebens- und Entwicklungschancen hinzuarbeiten. So zögerte Fischer auch nicht, auf die historische Verantwortung Europas angesichts der aktuellen Flüchtlingskatastrophe hinzuweisen. Er sagte: „Ich bin sicher, dass man noch in Jahrzehnten von diesen Flüchtlingskatastrophen, aber auch von der Art wie wir darauf reagiert haben, sprechen wird – so wie auch heute noch über den Umgang mit Flüchtlingen in der Nachkriegszeit gesprochen, diskutiert und geurteilt wird. Das heißt, wir müssen uns dem Urteil der Geschichte stellen." Fischer zeigte so auf eindrucksvolle Weise, dass die Erinnerung an vergangenes Unrecht auch die Verhinderung gegenwärtigen Unrechts beinhaltet. ■

Beide Reden sind sicherlich auch für den deutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit interessant und können in voller Länge auf *www.bundespraesident.at/* abgerufen werden.

Rede Heinz Fischers anlässlich der Enthüllung des Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz, online unter: *www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/enthuellung-des-denkmals-fuer-die-verfolgten-der-ns-militaerjustiz/*

Rede Heinz Fischers zum Staatsakt zu „70 Jahre Republiksgründung", online unter: *www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/staatsakt/*

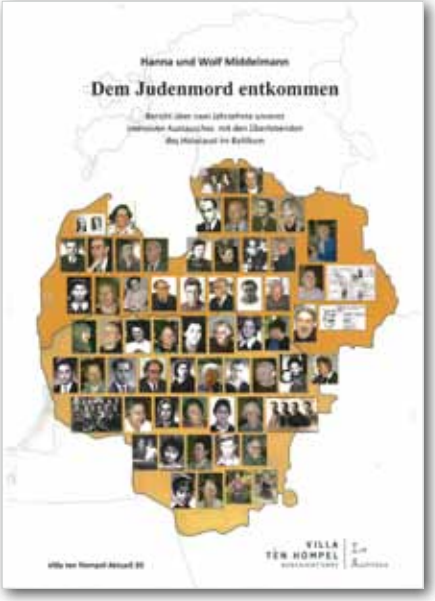
Nils Theinert studiert im Masterstudiengang Public History an der FU Berlin und ist studentischer Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

„Dem Judenmord entkommen“

Bericht über zwei Jahrzehnte Austausch mit den Überlebenden des Holocaust im Baltikum

In ihrem Bericht „Dem Judenmord entkommen“ skizzieren die Autoren Hanna und Wolf Middelmann Porträts von Menschen, die den Völkermord an den Juden in Litauen, Lettland und Estland überlebten. Über ihr Buch schreibt das Ehepaar Middelmann: „Wir haben seit 1993 bisher 43 Reisen ins Baltikum gemacht, jährlich zwei.

Wir erkundeten die Lebensbedingungen und den Alltag der Überlebenden. Besonders waren wir bemüht, die persönlichen und psychischen (Spät-)Folgen aus den Jahren der schlimmsten Verfolgung zu begreifen. Ausführlich gehen wir auf die jahrelange Ablehnung von Entschädigungsrenten durch die deutsche Regierung ein. Wir haben die Schicksale von 31 Überlebenden mit Fotos wiedergegeben. Alle waren Häftlinge in deutschen Ghettos und KZs, die meisten sind die einzigen Überlebenden ihrer Familien.“ ■



Das Buch hat 188 Seiten, kostet 15 € plus Porto und ist in der Reihe „Villa ten Hompel aktuell“ 2015 erschienen. Es kann ausschließlich über den Geschichtsort Villa ten Hompel bestellt werden.

Geschichtsort Villa ten Hompel:
Telefon: 02 51/4 92-71 01
Email: tenhomp@stadt-muenster.de

Stoppt den Hass

Button-Aktion zum Mitmachen

Alte Kampagne neu aufgelegt: Als in den 1990er-Jahren Asylbewerberunterkünfte brannten, haben einige Medienverlage eine Aktion gestartet. Sie druckten Buttons mit der Aufschrift „Stoppt den Hass!“ und verbreiteten sie unter ihrer Kundschaft. Spätestens nach den Lichterketten-Aktionen sah man sie fast überall: Auf Rucksäcken und Ranzen, Einkaufskörben und Fahrradtaschen, Jacken und Schlampermäppchen. Ein eindrückliches Zeichen dafür, dass Rechtsextreme mit ihrem Hass gegen Flüchtlinge nicht in der Mehrheit sind.

Auch wenn die Gesellschaft seitdem offener und die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge heute sehr viel größer geworden ist: Die brennenden Unterkünfte erinnern an damals und haben Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. angeregt, die alte Kampagne neu aufzulegen und gemeinsam mit dem Grafiker Detlef Willius einen neuen Button zu entwerfen. Online ist die Aktion über die sozialen Netzwerke am 16. September erfolgreich gestartet. Für eine möglichst weite Verbreitung brauchen wir aber noch viele Mitstreiter. Alle sind aufgerufen, sich den Button auf unserer Homepage herunterzuladen oder in der Geschäftsstelle als Datei anzufordern und zum Beispiel über Facebook, Twitter und Instagram zu teilen, ihn auf der Homepage, in der Signatur oder im Facebook-Profil einzubinden.

In Kürze soll es den Button auch in gedruckter Form geben. Dafür werben wir auch noch um Sponsoren. ■

Andreas Dickerboom

Ein Leben für Freiheit und Freundschaft

Herbert (Berry) Westenburger starb im Alter von 95 Jahren

Foto: Privat

Herbert Westenburger bei seiner Bundesverdienstkreuzehrung im Jahr 2010 durch den damaligen hessischen Justizminister Jörg-Uwe Hahn.

Der Zeitzeuge Herbert Westenburger, Jahrgang 1920, ist am 8. August 2015 in Frankfurt gestorben. Fünf Jahre zuvor, mit 90 Jahren, hatte „Berry", wie ihn seine Freunde nannten, sich noch zu einer Mitgliedschaft in unserer Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. entschieden. An den Treffen der RAG Rhein-Main in Frankfurt nahm er gelegentlich teil, auch wenn dies zuletzt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich war.

2008 war sein Buch „Wir pfeifen auf den ganzen Schwindel" erschienen. Es beschreibt seine Erlebnisse in der NS-Zeit als Sohn einer „Halbjüdin", die später in Auschwitz ermordet wurde. Es geht vor allem um Freiheit und Versuche jugendlicher Selbstbestimmung in einer Diktatur. Berry engagierte sich im Jugendbund des „Nerother Wandervogels", einer von den Nationalsozialisten verbotenen bündischen Organisation. Bevor er an die Front geschickt wurde, war er sieben Monate im berüchtigten Frankfurter Gestapogefängnis „Klapperfeld" inhaftiert. Es war in erster Linie die Freundschaft zu seinen Wanderkameraden, die Westenburger die Kraft gab, die NS-Zeit zu überleben. Viele Freundschaften blieben bestehen, und so zählte er nach dem Krieg zu den Mitbegründern der „Hessischen Jungenschaft".

Foto: Otto Hahn Schule Hanau

Herbert Westenburger bei einem Zeitzeugengespräch 2011 in der Otto-Hahn-Schule, Hanau.

Mit Berry Westenburger ist einer der letzten Frankfurter Zeitzeugen gestorben. Der Träger der Johanna-Kirchner-Medaille und des Bundesverdienstkreuzes hat bis zuletzt viele Vorträge, auch für unsere Vereinigung, gehalten. Ein besonderes Anliegen war es ihm, jungen Menschen den Mut zum Widerstand zu vermitteln. Wir sind sehr traurig, einen solch anständigen Menschen und guten Freund verloren zu haben. Seine Vorträge schloss er immer mit den letzten Zeilen aus seinem Buch, einem Zitat von Friedrich Gundolf, das nun für Berry eine endgültige Bedeutung hat: „'Schließ Aug und Ohr für eine Weil vor dem Getös der Zeit ...' und lege meine Brille und mein Hörgerät zur Seite!" ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und stellvertretender Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Auf der Suche nach sich selbst …

Damals, heute und morgen – west-östliche Lebensgeschichten Jahre danach

Die Älteren haben volle Säle, treten sie gemeinsam auf zum launigen Gespräch: der Theologe Friedrich Schorlemmer, Jahrgang 1944, geboren in Wittenberge, der Rechtsanwalt und Politiker Gregor Gysi, Jahrgang 1948, geboren in Berlin und der Journalist oder hier besser: herausgebende Stichwortlieferant Hans-Dieter Schütt, Jahrgang 1948, geboren im thüringischen Ohrdruf. Ungeheuer selbstbewusst im Urteilen sind sie alle drei, geht es um die DDR und was davon blieb (oder was davon hätte bleiben sollen).

Ziemlich anders die Jüngeren: der Schriftsteller Jochen Schmidt, Jahrgang 1970, in Ost-Berlin geboren, und sein (in diesem Fall nicht nur literarischer) Kompagnon, der Schriftsteller David Wagner, Jahrgang 1971, geboren in Andernach am Rhein und der einzige Westdeutsche in unserer Reihe, kein Zufall und irgendwie typisch, vielleicht; und dann Angela Marquardt, geboren 1971 in Ludwigslust, ehedem PDS mit Blitzkarriere in den Parteivorstand, heute SPD und Mitarbeiterin der Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles […] sie alle längst länger in der längst nicht mehr neuen Bundesrepublik sozialisiert als in der alten DDR; sie alle völlig unterschiedlich als Autoren und fraglos leiser als die Alten, wenn auch kaum weniger selbstbewusst. Ihre Bücher sind aufregender, das kommt verschärfend hinzu, und sie sind wichtiger, wenn denn nicht alles täuscht. Also:

Ihre Stimmung ist richtig gut, damals in den ersten Jahren nach 1989: „Ich hatte keine Arbeit und keinen Status verloren, hatte keine Existenzängste. Ich war als Abiturientin in die Bundesrepublik gekommen. Die Welt stand mir offen. Ich konnte sie endlich über Greifswald und Moskau hinaus entdecken. Ich persönlich hatte nur gewonnen." Angela Marquardt ist erfolgreich und bekannt, keine Kamera lässt ihre bunten Haare aus oder ihren auffallenden Schmuck, ihre Statements werden gehört, sie ist akzeptiert, sie macht sich schnell einen Namen.

2002 kommt der Anruf ihres Fraktionsvorsitzenden Roland Claus: Ihre Stasi-Akte ist gefunden worden, ca. 100 Seiten stark, handschriftliche Verpflichtungserklärung inklusive, niedergeschrieben am 3. April 1987, Deckname „Katrin Brandt" […] da war Angela Marquardt gerade 15 Jahre jung. Sie erinnert sich: Im Sommer 1987 sind Mutter und Stiefvater von Greifswald nach Frankfurt/Oder gezogen, sie hatte sich geweigert mitzukommen und war fast heimlich in Greifswald in der alten Wohnung geblieben, später dann mit Sondergenehmigung im Internat der Oberschule […] das alles ist sofort wieder da: die Familiengeschichte, der jahrelange Missbrauch durch den Stiefvater, das Zurückbleiben in Greifswald, als das endlich geht, die Trennung, das Ende der Vergewaltigungen, die Ruhe dann, aber eine Stasi-Akte?

Natürlich reagieren die Medien sofort, und sie reagieren massiv; und auch in der Bundestagsfraktion der PDS, im Bundestag geht alles seinen schon gewohnten Gang: Man hat längst Erfahrungen mit MfS-Akten von Abgeordneten. Angela Marquardts Leben wird öffentlich. Es wird ein bisschen dauern, bis sie ihre Täterakte einsehen kann: 85,19 € kosten die Kopien, die sie dann mitnehmen kann […] „mein Leben, wie es die Stasi sah […]. Mit Quittung." Es dauert, bis sie sich nicht mehr wegduckt, sich ihren Erinnerungen stellt und den Erinnerungslücken auch, vor allem diesen; es braucht Zeit, bis sie sich Hilfe sucht, und bis sie Hilfe findet; und es dauert, bis Angela Marquardt mit Unterstützung von Miriam Hollstein dieses Buch schreibt: „Vater, Mutter, Stasi. Mein Leben im Netz des Überwachungsstaates."

Den allerletzten Anstoß dazu gibt ein eher zufälliges Treffen im November 2013 auf einer Geburtstagsfeier in Greifswald: Angela Marquardt entdeckt auf einem der Nachbartische in der Gaststätte eine Platzkarte mit dem Namen Jörg S. Sie sieht Jörg S. sofort vor sich wie damals Jörg S., einen ihrer Führungsoffiziere. Ein kurzes Gespräch »

Angela Marquardt (mit Miriam Hollstein)
Vater, Mutter, Stasi. Mein Leben im Netz des Überwachungsstaates.

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2015
Broschierte Ausgabe, 233 Seiten
ISBN: 978-3-462-04723-3 • 14,99 €

» folgt wenig später. „Es ist der Moment, in dem mir klar wird, dass die Stasi ewig Macht über mich haben wird, wenn ich weiter schweige. Der Moment, in dem ich mich entschließe, dieses Buch zu schreiben." Und das Ziel? Das wichtigste? „Die Stasi darf und wird nicht das letzte Wort haben. Nicht in diesem Buch und schon gar nicht in meinem Leben."

Die Mutter war Stasi-IM. Der Stiefvater war IM. Der Großvater war IM. Die Freunde der Familie Jörg M. und Jörg S. oder Thomas M. gehörten zum Referat 2 der Kreisdienststelle des MfS in Greifswald, diese Freunde, denen sich Angela Marquardt als Jugendliche anvertrauen konnte, die ihr nicht wehtaten wie der Stiefvater; die der 15Jährigen, der 16Jährigen, der 17Jährigen zuhörten, bei denen sie sich wohlfühlte und irgendwie erwachsen, wenn sie in der eigenen Wohnung zusammensaßen (einer auch noch konspirativen Wohnung, wie sich später bei den Recherchen herausstellen sollte); diese Freunde, die eine detaillierte „Einsatz- und Entwicklungskonzeption" für Angela Marquardt und ihre Zukunft erarbeiten (inklusive präziser „Maßnahmen zur Erreichung der Etappenziele"), sechs lange Seiten lang. „Bis zum Sommer 1989 hatte die Stasi mein Leben ‚nur' beeinflusst. Jetzt begann sie, es zielgerichtet zu steuern und zu verfälschen." Die Konzeption sieht vor: Angela Marquardt soll von September 1990 bis August 1995 Theologie studieren und sich in der kirchlichen Szene engagieren. Erst als der Stiefvater im Suff prahlt, das MfS habe „Großes" mit Angela vor, wird die Planung zurückgestellt […] vorläufig. Und dann fällt die Mauer. „So schleichend die Stasi in mein Leben gekommen war, so abrupt verschwand sie daraus wieder. Vorerst."

Im Jahre 1989 war nach jüngeren Schätzungen – belegbare, konkrete Zahlen gibt es bis heute nicht – ein Prozent aller IM unter 18 Jahren alt; es waren etwa 1.300 Kinder und Jugendliche, der jüngste von ihnen war gerade 12 Jahre jung. Ihre Geschichten haben bis heute die allerwenigsten von ihnen erzählt, aufgeschrieben, öffentlich gemacht. Dafür waren diese Kinder und Jugendlichen immer wieder Thema in Diplom- und Doktorarbeiten an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam. Angela Marquardt hat sich durch viele dieser Arbeiten gewühlt. „Nur eines habe ich nie gehört oder gelesen: Dass bei der Stasi darüber nachgedacht wurde, ob es vielleicht falsch sein könnte, was sie Kindern und Jugendlichen antaten. Was sie mir antaten."

Angela Marquardt hat ein mutiges Buch geschrieben, ein bitter notwendiges. Und ja: Es ist eine schwer zu ertragende Lektüre, doch Pflichtlektüre ... nicht zuletzt auch wegen solcher Sätze: „Nichts war normal in einem Land, das Flüchtende erschoss, Kritiker einsperrte und Jugendliche zu Denunzianten ‚ausbildete' und diese sich gegenseitig bespitzeln ließ. [...] Für mich ist die DDR ein Unrechtsstaat gewesen."

Drüben und Drüben

Natürlich geht das, die gleiche Zeit ganz anders zu erzählen, in einem anderen Ton, mit alt gewordenen Erinnerungen und mit frisch gebliebenen Wünschen in jenem Plattenbau in Berlin-Buch oder in diesem Einfamilienhaus im rheinischen Andernach. Die Unterschiede sind auf den ersten Blick groß und dann doch erstaunlich klein: Zwei Schriftsteller gehen durch ihre elterliche Wohnung im Osten oder ihr Elternhaus im Westen, vom Kinderzimmer in das Wohnzimmer, in die Küche und das Badezimmer hinaus in den Garten, über die Wege zur Schule, auf die Spielplätze, in die Ferien später und dann durch ein Niemandsland auf den 9. November 1989 zu. Sie schreiben so, als hätten sie das alles damals schon geschrieben: ein bisschen kindlich, ziemlich blauäugig manchmal, naiv natürlich und altklug auch: Kindersound. Vom Rhein aus schaut man als Kind nicht in den Osten, wenn da keine DDR-Verwandten sind; von Berlin-Buch aus lässt sich der Blick gen Westen schon wegen der Westverwandtschaft gar nicht vermeiden und noch weniger wegen der Westpakete. Doll politisch ist dieser Blick nicht. Das Nicht-Hinsehen aus Andernach hat mit Politik auch nichts zu tun, gar nichts. Es geht uns gut, das Kind hat andere Sorgen […] Süßes muss her, zum Beispiel. Und wann beginnt das Fernsehprogramm, und wie lange darf man gucken? Ost oder West, ganz gleich. Doch ein Unterschied ist da schon: Jochen Schmidt lernt den Westen aus dem Fernsehen kennen, ein bisschen jedenfalls; David Wagner sieht den Osten auch in der Glotze nicht, die DDR kommt in seiner Programmauswahl nicht vor.

Den gutbürgerlichen Bundesbürgern geht es prächtig, keine Frage: Haus, Garage, zwei Autos. Den kaum weniger gutbürgerlichen DDR-Bürgern geht es nicht schlecht im modernen Plattenbau, der Parkplatz für den Trabant sollte in Sichtnähe sein, das war die größte Sorge des Vaters. Und er wurde regelmäßig gepflegt, der Trabant, Frischwasser aus der Wohnung trepprunter, treppauf und „am Ende wurde die Karosserie mit Autopudding poliert, einer Substanz aus dem Intershop."

Die Musikvorlieben sind unterschiedlich, na klar, Kassetten – was bitte? Kassetten sind begehrt, gerade auch als Geschenk aus dem Westen. Die Verpflegung ist so unterschiedlich nicht, der Kühlschrank eine Offenbarung, wenn man Glück hat. Die Küche wird langsam technisch aufs Feinste hochgerüstet im Westen, in Buch schreckt ein Schnellkochtopf an offensichtlich jedem Sonnabend heftig ab, mal selbst das Kochen zu probieren: Pulver plus Milch = Pudding.

Ja, und dann der 9. November 1989, auf den beide Autoren zuschreiben – der eine

David Wagner/Jochen Schmidt
Drüben und drüben. Zwei deutsche Kindheiten.

Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2014
Gebundene Ausgabe, 152/184 Seiten
ISBN: 978-3-498-06055-8 • 19,95 €

vom linken Buchdeckel aus, der andere umgedreht und vom rechten Buchdeckel aus, in der Buchmitte treffen sie sich an eben diesem 9. November 1989. Nur ein Bild der Mauer trennt ihre Texte noch voneinander, das Bild einer Mauer, in die die Mauerspechte schon freien Durchblick gehämmert haben. Jochen Schmidt ist bei der NVA, Marschieren, Brandschutz in der Nacht, Küchendienst in der Frühe, aber der Mauerfall? „Ein paar Stunden Schlaf wären mir lieber gewesen." David Wagner geht in die Disco, am nächsten Vormittag in der Schule Lateinklausur, aber der Mauerfall? „Die Erinnerung an diesen 9. und 10. November ist eine an ein großes, außergewöhnliches Fernsehereignis, das mir zum ersten Mal das Gefühl vermittelte, im Hier und Jetzt passiere etwas […]." Erstaunlich, bewundernswert präzise sind diese kleinen Erinnerungen an das ganz normale Leben damals, jedes Kapitel voller vieler Zeitzeugnisse, aufgeschrieben mit dem Kinderblick und dem Blick des Jugendlichen auf die kleine Welt drumherum. Unpolitisch. Unpolitisch?!?

Herkunft und Zukunft

Zwei Tage lang im August 2014 sind die Herren Gregor Gysi, Friedrich Schorlemmer, Hans-Dieter Schütt unter sich und überraschend einig. Man kennt sich, man versteht sich, man schätzt sich, die politischen Meinungsunterschiede halten sich in engen Grenzen, man ist im Prinzip einer oder ähnlicher Meinung, weitestgehend. Man redet über das Gestern, das Heute und das Morgen, man plaudert: Gysi aus dem Stegreif nachdenklich und gewitzt und schlau. Schorlemmer gesetzter und wohlversorgt mit klassischem Zitatenschatz, mit Brecht zuvörderst. Brecht-Gedichte möchte er am liebsten in die Bibel aufnehmen, was Gysi auf einer Veranstaltung gleich flink zu unterstützen droht: „Ich finde es zwar sehr anmaßend, aber auch eine sehr schöne Idee, die Bibel umzuschreiben. Wollen wir das nicht zusammen machen?" Schütt ist der Stichwortgeber, der aus dem eigenen Leben schöpft, was die beiden anderen nicht immer so dolle interessiert, dass sie den Faden wirklich aufnehmen. Kurz: Gysi löckt wider den Stachel und hat merk- und hörbar Spaß daran. Schorlemmer versucht, ihm nachzueifern, was seltenst gelingt – er bleibt eher staatstragend oder sagen wir besser: gewichtig pastoral. Und Hans-Dieter Schütt […] siehe oben.

Sie standen auf unterschiedlichen Seiten, spätestens bis zur Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989. Da haben sie sich zum ersten Mal die Hand gegeben, der Pastor und Bürgerrechtler und der DDR-Rechtsanwalt und „Vorsitzende des Rates der Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR". Gregor Gysi bewunderte und bewundert Schorlemmers Aktion „Schwerter zu Pflugscharen" 1983: „Schorlemmers Stärke zeigte sich darin, dass der Staat es nicht wagte, ihn einzusperren – das musstest du dir erst einmal erarbeiten." Und er setzt gleich noch einen drauf: „Die Führung der DDR konnte ihn nicht leiden und die Regierung der BRD konnte es auch nie." Friedrich Schorlemmer akzeptierte den Juristen Gregor Gysi als jemanden, der sich um die „Schaffung einer neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit", „endlich um Elemente von Rechtsstattlichkeit" in der DDR zu kümmern versprach. Als im August 1989 Gerüchte gingen, Oppositionelle könnten in Speziallagern festgesetzt werden, drückte der Pastor seiner Tochter für alle Fälle einen Zettel in die Hand mit den Namen der Rechtsanwälte Lothar de Maizière und Gregor Gysi. Damals hatte selbst ein Friedrich Schorlemmer Angst.

Sie reden über Flucht, Ausreise und Reaktionen der Bleibenden, damals; sie definieren Kapitalismus und beschreiben demokratischen Sozialismus; sie reden über politische Utopien, deren Notwendigkeit und die eigene Familiengeschichte auch. Und sie sind sich ganz schnell einig, wenn Gregor Gysi zum Beispiel mit Hinweis auf die Stellung der Frau in der DDR-Gesellschaft, auf das dichte Netz von Kinderkrippen und Kindergärten, auf die Berufsausbildung mit Abitur oder auf die Polikliniken in der DDR feststellt: Vieles davon „hätte den Westdeutschen, da bin ich sicher, an manchen Stellen Verbesserungen ihrer eigenen Gesellschaftsstrukturen gebracht und das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen gestärkt – deren Leben mehr war als Mitläuferschaft in stalinistischen, diktatorischen Organisationformen oder deren Abwehr. So aber reduzierte sich alles darauf […]: Der Osten ist ein Fass ohne Boden, da steckt man ständig Geld rein, es kommt aber keins wieder (r)aus; und dann nörgeln diese Ostdeutschen auch noch bockig rum und wählen komisch. […] Das will in meinen Kopf nicht rein: Warum können Sieger nicht aufhören zu siegen?"

Dass der Westen auch sonst nicht gerade gut wegkommt in diesem Buch: geschenkt. Dieses vereinte Deutschland wollte so niemand von ihnen, aber die alte DDR will auch niemand zurück. Dass hier (wen wundert's?) so wenig kontrovers diskutiert und kaum handfest gestritten wird, das ist die größte Schwäche dieser Personalrunde. Apropos: Was sich zwischen den Buchdeckeln sorgsam sortiert, wenig spontan und eher geglättet liest, hat im Hörbuch einen deutlich anderen Charakter: spontaner, lebendiger, Denkpausen, Versprecher, Korrekturen inklusive. Und noch ein Unterschied fällt auf, ein wichtiger: Man hört deutlich Gregor Gysi schmunzeln zwischendurch, ab und an sogar sein ironisches Warten auf vielleicht ironischen Widerspruch. Das ist nicht das schlechteste, finde ich und empfehle einfach statt des Buches das Hörbuch. ■

Gregor Gysi/Friedrich Schorlemmer
Was bleiben wird. Ein Gespräch über Herkunft und Zukunft.
Herausgegeben von Hans-Dieter Schütt
Aufbau Verlag, Berlin 2015
Gebundene Ausgabe, 296 Seiten
ISBN: 978-3-351-03599-0 • 19,95 €

*auch als **Audio CD** – 3 CDs, gesamt 120 min.*
Aufbau Audio, Aufbau Verlag, Berlin 2015
ISBN: 978-3-945733-02-8 • 16,99 €

Lauingers. Eine Familiengeschichte aus Deutschland.

Andreas Dickerboom

Die Autorin, Ausstellungsmacherin und Rundfunk-Redakteurin Bettina Leder erzählt mit der Familiengeschichte der Lauingers zwei gleichermaßen Lebensläufe – die von Artur Lauinger und dessen Sohn Wolfgang. Artur Lauinger wurde 1937 als vermutlich letzter im NS-Staat tätiger jüdischer Journalist entlassen und emigrierte nach London. Wolfgang Lauinger gehörte in Frankfurt zum Widerstand der Swing-Jugendlichen und geriet in Gestapo-Haft. Nach dem Krieg wurde er als Homosexueller diskriminiert.

Artur Lauinger wurde 1879 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Augsburg geboren. Schon früh begann er eine journalistische Karriere, zunächst beim Berliner Tageblatt, dann ab 1907 bei der Frankfurter Zeitung, für die er 30 Jahre lang das Wirtschaftsressort leitete. Er war Experte für das Versicherungswesen und erlangte hier einen so hervorragenden Ruf, dass er in den Beirat des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen berufen wurde. Nach dem Berufsverbot durch die Nationalsozialisten wurde Artur Lauinger 1938 im KZ Buchenwald interniert. Ein Jahr später gelang ihm die Emigration nach England. Nach Kriegsende kehrte er bald nach Frankfurt am Main zurück und schrieb unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Er erhielt das Bundesverdienstkreuz sowie mit der Goethe-Plakette die höchste Auszeichnung der Stadt Frankfurt.

Seinen Sohn Wolfgang, damals 20-jährig, ließ er bei seiner Emigration in Deutschland zurück. Dieser sollte, so Artur, dem Vaterland dienen. Doch schon ein Jahr später wurde Wolfgang Lauinger als „Halbjude" aus der Wehrmacht entlassen. Er gehörte in Frankfurt zu einer Gruppe von Swing-Jugendlichen, die mit ihrer Begeisterung für die sogenannte „Negermusik" in der NS-Zeit Anstoß erregten. Durch seine Mitgliedschaft im „Harlem-Club" gelangte Wolfgang ins Visier der Gestapo und wurde im Gefängnis „Klapperfeld" in Frankfurt eingesperrt. Mit viel Glück überlebte er das Kriegsende unbeschadet, musste aber auch nach 1945 mit Verfolgung leben. Der in der NS-Zeit verschärfte homophobe Paragraf 175 galt auch in der Bundesrepublik und wurde erst 1994 aufgehoben – ein Skandal der BRD-Nachkriegsgeschichte. Aufgrund einer Denunziation war Wolfgang Lauinger 1950 als Homosexueller verhaftet worden und saß acht Monate in Untersuchungshaft.

Ein besonderes Merkmal dieser Doppelbiografie besteht darin, dass Leder acht verschiedene Perspektiven zu einer ungewöhnlichen Montage verknüpft. Wolfgang Lauinger hat sie ausgiebig befragt, von seinem Vater existieren die bislang unveröffentlichten Lebenserinnerungen, die vor allem vor seiner Auswanderung zwischen 1937 und 1939 entstanden. Es kommen aber auch weitere Weggefährten der Lauingers zu Wort, beispielsweise Franz Kremer, der ebenfalls den „Harlem-Club" besuchte und von der Gestapo zu einem Geständnis über die Homosexualität Wolfgangs gezwungen werden sollte. Die Autorin las auch in den Wiedergutmachungsakten der Familie Bamberger, einer einst angesehenen jüdischen Familie in Frankfurt. Mit dem Sohn Franz verband Wolfgang Lauinger eine enge Jugendfreundschaft.

Besonders aufschlussreich sind die Erinnerungen Artur Lauingers. Nach seinem Selbstverständnis war er ein überzeugter Deutscher, der den Antisemitismus selbst in der NS-Zeit anfänglich nicht ernst nahm, der sich gar über die Schutzhaft, in die man ihn nahm, „nicht um Fingerbreite … beschweren" wollte. Später versteigt er sich gar zu der Aussage, dass die drohende Katastrophe auch eine Folge des Verhaltens der Juden in Deutschland sei. Dies alles geschah im Gefühl: „Ich bin Deutscher, mir kann nichts passieren". Welch ein Unterschied zu seiner Einschätzung wenige Jahre später im Exil: „Es werden Jahrhunderte vergehen, bis meine Heimat wieder ein Land menschlicher und glücklicher Kultur geworden sein wird." Dennoch bleibt eine tiefe Verbundenheit zu dem Land, in dem er geboren ist und in das er nach dem Krieg zurückkehren wird. Bettina Leders Buch wird gerade durch diese Widersprüche so interessant.

Vater und Sohn führten in der Bundesrepublik einen entwürdigenden Kampf um Entschädigung. Wolfgang Lauinger erfuhr zudem eine lang anhaltende Diskriminierung als Homosexueller. Doch bis heute hat sich der mittlerweile 96-Jährige seines Lebensmuts nicht berauben lassen und warnt davor, dass sich die Geschehnisse in Hoyerswerda, Rostock, Mölln oder des NSU nicht wiederholen dürfen. Die folgenden Sätze aus einer Rede in der Paulskirche sind aktueller denn je: „Ich bin ein Zeuge einer Zeit, die so unvorstellbar ist, dass ich jedem gerne in sein Pflichtenheft schreiben möchte: Setz dich zur Wehr! Lass niemals braunes Gedankengut in deiner Umgebung zu. Erspare deinen Kindern eine Zeit des Hasses und der Gewalt. Lebe friedlich und frei!" ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und stellvertretender Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen.

Bettina Leder
Lauingers. Eine Familiengeschichte aus Deutschland.

Hentrich und Hentrich Verlag, Berlin 2015
Gebundene Ausgabe, 288 Seiten
ISBN: 978-3-95565-080-3 • 24,90 €

„Nie wieder Auschwitz“

Jens-Jürgen Ventzki

Noch sind die historischen, bewegenden Bilder aus Auschwitz-Birkenau sehr präsent. Hier gab es am 27. Januar 2015 eine Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Befreiung des Todeslagers durch die Rote Armee. Auf Einladung des World Jewish Congress nahm der Rezensent als Begleiter eines Überlebenden an dieser Zeremonie teil. Wer jemals Auschwitz – sowohl das Stammlager Auschwitz I als auch Birkenau – besucht hat, wird die hier verbrachten Stunden nie mehr vergessen können.

„Nie wieder Auschwitz“: Das waren die Worte, mit denen der ehemalige Häftling und damalige polnische Premierminister Józef Cyrankiewicz am 14. Juni 1947 in Anwesenheit von 30.000 Menschen das Staatliche Museum in Auschwitz eröffnete. Unter dem gleichen Titel legt jetzt die Historikerin Imke Hansen eine sehr fundierte und lesenswerte Studie über das Anfangsjahrzehnt dieser Stätte des Unbegreiflichen vor. Die Autorin lehrt am Hugo Valentin Centre der Universität Uppsala. Eine solche wissenschaftliche Darstellung war für die Einordnung dieses Ortes im historischen Kontext der Nachkriegsphasen längst fällig. „Nie wieder Auschwitz“ ist ein Satz, der uns heute in erster Linie an das Schicksal der größten Opfergruppe, der Juden, erinnert. Doch dies war sowohl in Polen, als auch in Deutschland nicht immer so. Allerdings aus unterschiedlichen Gründen.

Während Auschwitz in der Bundesrepublik die ersten zehn Jahre nach Kriegsende einfach kein Thema war, sah es in Polen ganz anders aus. Und so wurde der Aufruf von Józef Cyrankiewicz zunächst je nach politischer und gesellschaftlicher Färbung nationalistisch, kommunistisch oder religiös ausgelegt und je nachdem in die jüngste polnische Geschichte eingefügt. Das macht die Autorin zu Beginn ihrer Arbeit deutlich. Es ist das Verdienst von Imke Hansen, dass sich unser Blick nun auf die vielfach unbekannten Anfänge des Ortes der größten Verbrechen an der Menschheit richten kann.

Im Herbst 1944 sprengte die SS die Gaskammern und Krematorien im Lager Birkenau. Die Todesmärsche und Deportationen in weiter westlich gelegene Konzentrationslager begannen. Bereits kurz nach der Befreiung diskutierten ehemalige polnische politische Häftlinge über Auschwitz-Birkenau als Ort des Gedenkens. Eine wechselvolle Geschichte nahm ihren Anfang. Die polnischen Behörden – wobei die Zuständigkeiten nicht immer klar waren – hatten in der unmittelbaren Phase nach der Befreiung mit der Plünderung des Lagers größere Probleme. Vor allem waren Privatpersonen, aber auch untergeordnete Behörden an Baumaterialien interessiert. So genannte „Friedhofshyänen“ – Grabräuber – organisierten regelrechte Raubzüge, um in den Aschefeldern jenseits der ehemaligen Krematorien nach Goldzähnen und Wertsachen der Opfer zu suchen. Die Presse berichtete von der „Goldmine Auschwitz“. Zwischen dem entstehenden Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau und den örtlichen Verwaltungsstellen kam es zum Streit. Für das zukünftige Museum sollte nicht nur die Bausubstanz erhalten und gesichert werden, sondern auch Gegenstände aus der Hinterlassenschaft. Doch auf regionaler Ebene wollte man durch Veräußerung von zurückgelassenen Materialien Gewinn erzielen. Bis kurz vor Eröffnung des Museums war beispielsweise die Diskussion über den Abriss weiterer Baracken noch nicht beendet. Im April 1946 begannen die ersten Museumsmitarbeiter – man hatte dafür ehemalige Häftlinge gewinnen können – mit ihrer schwierigen Arbeit. Eine entscheidende Funktion bei der inhaltlichen Ausrichtung des Museums nahm zunächst der Polnische Verband ehemaliger politischer Häftlinge ein. In der Folge entwickelten sich Gedenkformen und Rituale, die kommunistisch, nationalistisch-katholisch oder säkular geprägt waren. Es dominierten, wie die Autorin deutlich macht, drei Sichtweisen: die kommunistische Heroisierung der politischen Häftlinge, das polnisch-nationalistische Märtyrergedenken und das propagandistische Interesse des Staatsapparats. Diese Fokussierung war ein Hindernis für die jüdische Minderheit, die öffentliche Wahrnehmung auf ihr Schicksal zu lenken. Dies änderte sich langsam, als 1948 auf Betreiben des Zentralkomitees der Juden in Polen und jüdischer Glaubensgemeinschaften das Denkmal des Bildhauers Nathan Rapaport eingeweiht wurde, das an den Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 erinnerte. Die Jahre 1947 bis 1950 waren noch einmal geprägt von der Diskussion über die Deutungshoheit der Gedenkstätte. Dies führte letztlich zu einer Internationalisierung, an deren Anfang die Gründung des Internationalen Auschwitz Komitees durch Überlebende von Auschwitz-Birkenau 1954 in Wien stand. Es entstand ein Konsens, der alle Opfergruppen einschloss und eine »

Jens-Jürgen Ventzki beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit der NS-Geschichte. In unserem Mitgliedermagazin 41/2004 veröffentlichte er seinen Bericht über eine Reise in seine Geburtsstadt Łódź (damals „Litzmannstadt“), in der sein Vater, Werner Ventzki, Oberbürgermeister während der deutschen Besatzung war.

Imke Hansen
„Nie wieder Auschwitz“. Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945–1955.

Wallstein Verlag, Göttingen 2015
Broschiert, 312 Seiten, ISBN: 978-3-8353-1630-0 • 34,90 €

» Trendwende bedeutete. Doch damit waren die Probleme noch lange nicht gelöst, wie der Verweis im Vorwort der Autorin auf den fast schon abenteuerlich anmutenden Streit um die aufgestellten Holzkreuze in den 1990er-Jahren zeigt. Dabei ging es um ein ursprünglich acht Meter hohes Holzkreuz anlässlich einer Messe von Johannes Paul II 1979 in Birkenau. Wir erfahren in dieser wichtigen Arbeit in faktenreicher, aber nie überfrachteter Form, dass Erinnerungskultur in all ihren Facetten den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Strömungen unterliegt und damit lebendig bleibt.

Jedem, der sich mit Auschwitz und dessen Nachwirken auf die europäische Öffentlichkeit und die Menschheit insgesamt befasst, sei die Arbeit von Imke Hansen als wertvolle Ergänzung bestehender Kenntnisse sehr empfohlen. ■

Antisemitismus: das langlebigste Vorurteil der Menschheitsgeschichte und seine Folgen

Marian Spode-Lebenheim

In seinem neuen Buch fasst der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz Arbeitsergebnisse und Erkenntnisse aus seiner langjährigen Beschäftigung als Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin zusammen. Ausgangspunkt sind mit dem ersten Kapitel relevante „Begriffe und Definitionen", anschließend nimmt der Autor im zweiten Kapitel „Religion und Judenfeindschaft" in den Blick. Thema ist dabei der Antijudaismus, die religiös motivierte Judenfeindschaft, von der Antike bis zur Neuzeit, von den Ritualmordlegenden und dem Hostienfrevel des Mittelalters bis zur Talmudhetze in der Zeit der Aufklärung. Im dritten Kapitel „Rasse und Judenfeindschaft" stellt Benz den modernen Antisemitismus als antiemanzipatorische und antimoderne Ideologie vor. Die Protagonisten dieses Antisemitismus, unter ihnen Theodor Fritsch, Wilhelm Marr, Adolf Stoecker, Heinrich von Treitschke und Richard Wagner, beschäftigten sich aus (sozial-)politischer Hinsicht mit der „Judenfrage" und waren teilweise auch parteipolitisch aktiv. Sie argumentierten gegen die Emanzipation von Juden und trugen völkische und rassistische Denkweisen in den Diskurs. Im vierten Kapitel beschreibt der Autor die „Gesellschaft und Judenfeindschaft in Europa". In diesem Panorama des europäischen Antisemitismus geht es unter anderem um die Dreyfus-Affäre in Frankreich, die antijüdischen Pogrome im russischen Zarenreich, die bis heute einflussreiche Fälschung die „Protokolle der Weisen von Zion" und die Judenfeindschaft in Polen. Das anschließende Kapitel „Erster Weltkrieg und Weimarer Republik" beschreibt den Antisemitismus auf dem Weg zur Staatsdoktrin, zeichnet dabei antisemitische Hetze nach und stellt ihre Opfer vor, darunter Walther Rathenau. Das sechste Kapitel „Ausgrenzung und Diskriminierung: Juden im Nationalsozialismus" beschäftigt sich mit der Diskriminierung durch Propaganda, der NS-Rassenkunde und der Rücknahme der Emanzipation. Ein zweiter Schwerpunkt sind Zerrbilder vom Juden, wie „Der ewige Jude".

Im folgenden Kapitel „Ideologie und Genozid: Der Judenmord" schildert Benz ausgehend vom Novemberpogrom von 1938 die nationalsozialistische „Endlösung der Judenfrage" und verdeutlicht die Dimensionen des Massenmords. Im achten Kapitel „Antisemitismus nach dem Holocaust", beschreibt der Autor jüdisches Leben in Deutschland nach 1945. Daneben geht es auch um die Allensbach-Umfrage von 1949, um die Möllemann-Affäre von 2002 und um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Michael Hohmann. Anschließend stellt Benz schlaglichtartig einzelne Aspekte des Themas vor: Linker Antisemitismus und Antizionismus, Israelkritik und Antisemitismus, die Lyrische Intervention durch Günter Grass 2012, die Judenfeindschaft von Muslimen, Holocaustleugnung, Bekämpfung des Antisemitismus, historisches Engagement gegen Judenfeindschaft, Strategien gegen Judenfeindschaft nach dem Holocaust und Wege der Antisemitismusforschung. In einer abschließenden Bibliographie stellt der Autor grundlegende Schriften und einzelne Problemfelder der Antisemitismusforschung vor, die einzelnen Kapitel sind zudem mit ausführlichen Anmerkungen versehen, die auch auf Quelleditionen und Primärliteratur verweisen. Benz ist mit seiner Veröffentlichung ein umfassendes Einführungs- und Überblickswerk gelungen, das somit als Kompendium zum langlebigsten Vorurteil der menschlichen Geschichte und seinen Folgen dienen kann. ■

Marian Spode-Lebenheim ist Absolvent des Masterstudiengangs Public History der FU Berlin und Projektmitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Wolfgang Benz
Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Vorurteils

Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2015
Broschiert, 256 Seiten
ISBN: 978-2-7344-0104-6 • 14,80 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

N.N., Vorsitzender

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Stellvertretender Vorsitzender, Historiker

Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Ekin Deligöz, MdB

Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e.V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e.V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.

Iris Gleicke, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Kerstin Griese, MdB

Reinhard Grindel, MdB

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg; Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Prof. Dr. Volkhard Knigge, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Markus Löning, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. habil. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Pädagoge und Theologe

Linda Teuteberg, ehemaliges Mitglied des Landtags von Brandenburg

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Rainer Braam, Unternehmer

Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Bertold Leibinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Max Mannheimer, Autor und Maler

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993–2000, Bundesminister a. D.

Deine Anne

Ein Mädchen schreibt Geschichte

© Foto: ANNE FRANK FONDS, Basel

DIE WANDERAUSSTELLUNG FÜR IHRE STADT

Sie engagieren sich für Demokratie und Menschenrechte und setzen sich für die Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus ein? Sie möchten Jugendliche aktiv daran beteiligen und zu zivilgesellschaftlichem Engagement ermutigen? Dann holen Sie unsere Anne-Frank-Ausstellung in Ihre Stadt!

Vier Wochen oder länger wird die Ausstellung zu einem Ort des Erinnerns, des Lernens und des Gesprächs. Jugendliche werden dazu qualifiziert, Schulklassen und Jugendgruppen durch die Ausstellung zu begleiten. Über diesen Ansatz der Peer Education und die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen zu Identität, Diskriminierung und Zivilcourage ermöglicht die Ausstellung einen zeitgemäßen Zugang zur Erinnerung an den Holocaust. Mit einem Rahmenprogramm setzen Sie Ihre eigenen Akzente.

Sichern Sie sich jetzt Ihr Ausstellungsprojekt 2016 oder 2017!

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf, wir beraten Sie gerne.

Larissa Bothe
Bereichsleitung Wanderausstellung
Telefon: +49 (0)30 28 88 656 27
wanderausstellung@annefrank.de
www.annefrank.de

WIRKT!
Empfohlene Qualität im Themenfeld Engagement gegen Rechts
PHINEO

Anne Frank.
ANNE FRANK ZENTRUM